

Expeditio, Neue Graupenstr. 1/2, und durch Postanstalt zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.98, wo keine Post am Orte, M. 3.24.

WIRTSCHAFT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Expeditio über deren Namen für Arbeitsmarkt, Lohn- und Verhältnisse, 15 Blätter, Auswärtige Preise 25 Pf. Preis für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 30.

Sonntabend, den 5. Februar 1910.

21. Jahrgang.

Zur Wahlreform.

Die Wahlrechtsvorlage wird dem Abgeordnetenhaus am Sonntag im Manuskript zugehen; alsdann wird unverzüglich die Drucklegung erfolgen. Im Laufe des Donnerstags haben Besprechungen von Parteiführern über die Wahlrechtsreform im Reichskanzlerpalast stattgefunden.

Nach den bisherigen Dispositionen soll die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus bereits am Donnerstag nächster Woche beginnen. Um den einzelnen Fraktionen eine Beratung über ihre Stellungnahme zu der Vorlage zu ermöglichen, soll am Dienstag und Mittwoch die Plenarsitzung im Abgeordnetenhaus ausfallen. Bestimmte Abmachungen darüber werden erst am Freitag im Senatskonvent getroffen werden.

Odenburg und Wahlreform.

Es ist erzählt worden, daß der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg förmlich zusammengebrochen sei, als ihn die Kunde vom Fall Odenburg erreichte, und daß darum ein parlamentarischer Diner, das er am Abend jenes kritischen Tages für die Fraktionsvorstände des preussischen Abgeordnetenhauses veranstaltete, höchst trübsinnig verlief. An dieser Erzählung ist nichts Unwahrscheinliches, denn der Zweck jenes Diners war es gewesen, die bürgerlichen Parteien der preussischen Kammer einander gesellschaftlich näher zu bringen, und einer Verständigung über die Wahlreform die Wege zu ebnen. Auf dieses reaktionäre Wahlrechtsbündel mußte das Wort des Zuschauer wirken, wie eine mitten hinein geschleuderte Bombe. Die Festgäste blieben zwar unberührt, aber der seine Plan, der vereinigte, flog in Trümmer.

Für die Massen des Volkes — und mit ihnen müssen in ihrem Bedauern auch die bürgerlichen Parteien bis zu einem gewissen Grade rechnen — hat das Odenburg-Wort die Situation des preussischen Wahlrechtskampfes geklärt; es hat ihnen den Maßstab der Kritik geliefert, der an die Reformvorlage Bethmann-Hollweg anzulegen sein wird. Nicht nur durch Preußen, sondern durch das ganze Deutsche Reich geht heute die Forderung, daß die politischen Privilegien des freien, ungebildeten, herrsch- und habgierigen preussischen Landadels von Grund aus zerstört werden müssen. Denn diese Privilegien sind eine Gefahr für die Beständigkeit der deutschen Reichsverfassung, sie sind zugleich ein Instrument schamloser Ausbeutung und Unterdrückung, für eine friedlich-gehaltlose Entwicklung der Dinge aber sind sie ein unübersteigbares Hindernis. Eine Reform des preussischen Wahlrechts, die diese Privilegien festigt, statt sie aufzuheben, die sich mit kleinen Konzessionen an das Recht begnügt, weil ohne diese Konzessionen das Unrecht nicht mehr aufrechterhalten werden kann, eine solche Reform verdient ihren Namen nicht, sie verdient hinweggefegt zu werden mit samt ihrem Urheber.

Ein preussischer Ministerpräsident, der eine Wahlreform machen soll, muß sich von vornherein darüber klar sein, ob er sie mit der Rote Odenburg oder mit dem preussischen Volke machen will. Die Rote Odenburg hält unter allen Umständen am Klassenwahlrecht fest, sie ist überhaupt für keine Reform zu haben, höchstens für eine solche, die im Grunde alles beim alten läßt. Das preussische, das ganze deutsche Volk aber fordert das allgemeine, gleiche geheime und direkte Wahlrecht. Die Sozialdemokratie strebt nach ihm mit eifriger Entschlossenheit, der Freisinn muß ihr zögernd folgen, weil er nicht anders kann, ohne die Grundlagen seiner Partei zu zerstören. Selbst das Zentrum muß von Zeit zu Zeit, sehr gegen sein innerstes Gefühl, auf die Fahne des gleichen Rechts schwören, und jeden einen „Verleumder“ nennen, der den intimen Bundesgenossen Odenburgs ihre Wahlrechtsfreundschaft nicht glaubt. Auch das Zentrum kann nicht gegen die Massen. Selbst unter den Anhängern der nationalliberalen Unternehmerrpartei gibt es nicht wenige, die die Festlegung der Partei auf das Pluralwahlrecht für einen verhängnisvollen Fehler halten und voraussehen, daß die Partei unter dem Druck der Massen ihre Haltung werde korrigieren müssen.

Gäßen wir in Preußen eine Regierung, die bereit wäre, die Wahlreform mit dem Volke zu machen, so hätten wir in ein paar Monaten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Mit Leichtigkeit könnte sich die Regierung bei Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus eine Mehrheit dafür verschaffen, das Herrenhaus aber ist für eine Regierung, die ernstlich will, überhaupt kein Hindernis, da sich durch die Schaffung neuer Mitglieder jede beliebige Zusammensetzung dieses Hauses erzielen läßt. Die lange Angelegenheit ließe sich erledigen, ohne daß eine Denkerscheibe dabei zerbrochen würde.

Es ist nicht wahr, daß die Regierung eine Wahlreform mit dem Volke nicht machen kann. Sie könnte schon, aber sie will nicht! Sie will nicht, weil sie selber durch und durch eine Junkerregierung ist, und weil die Rheinabenden, die Armin, Trott zu Solz, und wie sie alle heißen,

im Grunde ihres Herzens genau so denken wie Herr von Odenburg. Eine Junkerregierung haben wir aber in Preußen, weil der derzeitige preussische König eine Junkerregierung ernannt hat, weil er keine Lust hat, den Kampf gegen die Junker, den das Volk verlangt, aufzunehmen, weil er in einem Mitleid von Junkern aufgewachsen ist, tagtäglich unter dem Einfluß junkerlicher Anschauungen steht. Der König von Preußen ist davon überzeugt, daß die absolute Monarchie die richtige, einzig förderliche und gottgewollte Staatsform ist, er hat es auch unzählige Male ausgesprochen, daß er den Militarismus für den besten Schutz gegen den „Umsturz“ hält.

So denkt der preussische König, und es ist nicht wahrscheinlich, daß er seine Meinung noch ändern wird. So denken die meisten preussischen Minister, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, Offiziere, Lehrer auch, wie man an ihren Urteilen merkt, viele Richter, denn so denkt die konservative Partei!

Man mag das bedauern. Man braucht daraus gegen einzelne Personen, die eben wie wir anderen auch das Produkt der Entwicklung sind, keinen Vorwurf zu konstruieren. Aber man darf sich darüber keinen blauen Dunst vormachen, wie es das freisinnige Bürgertum so gerne tut. Man muß damit rechnen.

Der niedergeschlagene oder gar zusammengebrochene Bethmann-Hollweg darf Anspruch auf das öffentliche Mitleid erheben. Man ist ja ohnehin geneigt, ihn nicht als eine führende Persönlichkeit zu nehmen, sondern viel eher als einen armen Kerl, der seinem Ehrgeiz seine Persönlichkeit geopfert hat, als den abhängigsten Mann im ganzen Deutschen Reich. Doch Reichskanzler hin, Reichskanzler her, auf ein paar Bethmann-Hollweg kann es nicht ankommen! Am Wege zu demokratischen Wahlreformen stehen die Leichensteine gefallener Minister reihenweise. In Preußen war Bülow der erste; ihm, der Herr v. Odenburg öffentlich seinen Freund nannte, brachen die Odenburger wegen seiner Wahlrechtschronik bei der Erbschaftsteuer das Genick. Jetzt folgt auch der gänzlich zusammengebrochene Bethmann-Hollweg die Hand des Schicksals, und er ahnt das Nahen einer Zeit, die Männer brauchen wird, keine Bethmänner!

Politische Uebersicht.

Die Antwort der Wähler.

Die Wirkung der Schnapsblockpolitik tritt immer deutlicher aus den Resultaten der Nachwahlen zu Tage. Seit dem 20. Juli fanden in sieben Kreisen Nachwahlen statt. Bei den Hauptwahlen 1907 wurden in diesen Kreisen 198.481 Stimmen abgegeben, wovon 130.370 Stimmen auf die Gegner und 68.111 = 34 Prozent auf sozialdemokratische Kandidaten entfielen.

Bei den Nachwahlen wurden 176.175 Stimmen abgegeben, wovon die Gegner 93.923 Stimmen und unsere Genossen 82.252 Stimmen = 46 Prozent erhielten. Die Gegner haben also bei diesen sieben Nachwahlen einen Verlust von 36.447 Stimmen und die Sozialdemokraten einen Gewinn von 14.141 Stimmen.

Noch besser tritt es in den Resultaten zu Tage. Von den sieben Mandaten fielen fünf an die Sozialdemokraten, eins an das Zentrum und eins an die Konservativen.

Stürmische Auseinandersetzungen in der konservativen Partei.

Zu einer lärmenden Auseinandersetzung kam es am Mittwoch Abend in einer Versammlung, die die konservative Vereinigung nach den Hohenzollernsälen in Berlin-Mohrth einberufen hatte.

General Reim sprach über nationale Sorgen, Pfarrer Koch über nationale Pflichten. Während General Reim allgemeine Gesichtspunkte herabhub, ging Pfarrer Koch auf spezielle Fragen ein. Er bedauerte unter anderem das Anwachsen der Sozialdemokratie, das in letzter Linie auch der konservativen Partei zuzuschreiben sei. Die anwesenden Vertreter dieser Parteien, darunter Rechtsanwalt Ulrich, begleiteten die Ausführungen vielfach mit Zwischenrufen und Gelächter. Als Pfarrer Koch die Neuherung des Reichstagsabgeordneten v. Odenburg kritisierte und dabei hervorhob, daß, wer sich mit einer solchen Rede, mit solchen Witzeln und Wägen auf den Standpunkt eines ernsthaften Politikers stellen wolle, das Recht verwirrt habe, sich ein Deutscher zu nennen, erhob sich großer Tumult, der sich noch steigerte bei den Bemerkungen Kochs: „Wir dürfen uns nicht identifizieren mit einem Manne, der solche Worte gebraucht“, und „Wir bemühen uns, die alten Leute wieder zur konservativen Fahne zurückzuführen“, sowie die „konservative Parteileitung treibt Vogelstau-politik“.

Als der Vorsitzende, Rechtsanwalt Bredered, in die Diskussion eingriff, den Ton der Rede Odenburgs als überaus übermäßig und den Fall Mannesmann als unerbittlich hinstellte, begab er dem schärfsten Protest, der sich auf das höchste steigerte, als der neue Generalsekretär der konservativen Vereinigung, Sommerburg, die Mitteilung machte, daß die Konservativen mit der Absicht hergekommen seien, die Versammlung zu sprengen.

Diese Neuherung und die Aufwindung des Schusses der Debatte durch den Vorsitzenden verleitete die Erreuer auf das

höchste. Rechtsanwalt Bredered folgte der Einberufer der Versammlung Schmidt-Pankow, brohten, von ihrem Hausrecht Gebrauch machen zu müssen, sofern nicht Ruhe einträte. Die Neuherung über die Sprengkolonne hatte indessen so gezündet, daß an eine Beruhigung nicht zu denken war. Von Hüben und Drüben fielen die kräftigsten Ausdrücke, zumal nochmals Pfarrer Koch das Schlusswort erhielt. Die Mitkonferanten sprangen von ihren Sitzen auf. „Vergeßlichkeit“, „Anebelung“, „unerhörte Frechheit“ — die Rufe schwirten durch den Saal. Die Folge war, daß mehrere Vertreter der konservativen Partei aus dem Saale verwiesen wurden.

Rief einer an, wie sich die „altkonservative“ Partei modernisiert! Versammlungen sprengen, Redefreiheit verlangen, das war doch bisher bei ihr nicht modern? Was kann man jetzt noch gegen die scheußlichen Demokraten sagen?

Weiße Walsalbe im Dreiklassenhaus.

Das System der weißen Salbe erfreut sich unter den Landtagsjunkern augenscheinlich großer Beliebtheit. Es wird nicht nur angewandt, wenn es gilt, nach Bergarbeiterfeelen zu schürfen, um im Delbrückstil zu sprechen. Am Donnerstag wurde wieder einmal Gebrauch von diesem sich durch seine Billigkeit auszeichnenden Mittel gemacht.

Die Junker von Brandenstein, der Röllchenstein und von Bülow, aus des verstorbenen Kanzlers weitverzweigter Sippe, kamen mit Anträgen, die von fern so aussehen, als ob sie im Interesse der Großstädte der Waldberühmung entgegenzutreten wollten. Der Antrag Bülow ist ganz harmlos. Er will den Fiskus in der Errichtung von Spielplätzen anhalten. Viel nützen wird er natürlich nicht, aber Schaden kann er auch nicht, und so wurde er einstimmig angenommen. Der brandensteinische Antrag bezweckt im wesentlichen die Schaffung einer Art privilegierten Waldstreifens für die Bewohner der reichen westlichen Vororte Berlins. Dieser Antrag wird noch zur näheren Besichtigung einer hohen Kommission unterbreitet werden. Ein von unserer Seite gestellter Antrag, vom Genossen Borgmann begründet, ging auf Erweiterung und Verallgemeinerung des brandensteinischen Antrags. Es ist kaum nötig zu sagen, daß im Dreiklassenhaus kein Interesse für die proletarischen und kleinstädtischen Bewohner des Großberliner Ostens vorhanden ist, und daß der Antrag mit überwiegender Mehrheit abgelehnt wurde. Man erntet keine Fetzen von den Dornen und keine volksfreundlichen Beschlüsse vom Gelbparlament. Nicht überflüssig zu bemerken aber ist, daß auch die Mehrheit der Freisinnigen sich am Niederstimmen unseres Antrages beteiligten. Deswegen vereinigte sich die Majorität des sogenannten entschledenen Liberalismus mit dem übrigen Ordnungsbund, um einen anderen, noch dazu ganz außerordentlich bescheidenen Antrag unserer Fraktion niederzulassen. Unsere Vertreter im Dreiklassenhaus verlangten weiter nichts als eine Statistik über die forstwirtschaftlichen Bestrafungen. Die Waldgesetzgebung des preussischen Staates ist ein besonders haarsträubendes Kapitel in der Geschichte dieses Junkerstaates. In einer schwachen Stunde hat sogar einmal Dietrich Bahn eingestanden, daß die verächtliche Gesetzgebung in den westlichen Provinzen böses Blut gemacht hat.

Dennoch wurde unser vom Genossen Dr. Liebknecht an der Hand reichen Materials wirksam vertretene Antrag durch den großen Burenblock abgelehnt, in welchem sich mit der verschwindenden Ausnahme von ein paar Freisinnigen sämtliche bürgerlichen Parteien zusammenschanden. Man wird also auch in Zukunft 84 jährige Frauen in Strafe nehmen, die es wagen, ein bißchen Brennholz zu sammeln.

Die Reichstagsmehrheit, die sich selbst nicht achtet.

Der „Hamburgische Korrespondent“ schreibt in Nr. 57 vom 1. Februar:

„Mit Bedauern verzeichnen wir ein Telegramm, demzufolge der Reichstag heute zu Beginn seiner Sitzung Lebedours Reichsrede über den Erbprinzen Hohenzollern abgelehnt und das Abstimmungsresultat mit Heiterkeit aufgenommen hat. Damit ist eingetreten, was wir unter dem ersten Eindruck der Odenburg'schen Provokation gefürchtet hatten: der Reichstag hat das Verständnis darüber, was die Würde des Parlaments erfordert, vermissen lassen. Nicht, als ob etwa die Nationalliberalen, die wir bei diesem Anlaß leider in der Mehrheit sehen, kein Gefühl für die Würde des Reichstags hätten. Aber sie sehen nicht den Zusammenhang zwischen der Streitfrage und der Würde des Parlaments.“

Die kurze Debatte, in der gestern am Schluß der Sitzung der Tatbestand kurz erörtert wurde, hatte die Vorgänge einigermaßen verbunkelt. Aber soviel steht doch fest: Erbprinz Hohenzollern hat den Sozialdemokraten Lebedour zur Ordnung gerufen, weil dieser seiner Erregung darüber Luft gemacht hatte, daß Odenburg den Reichstag hätte entwürdigen dürfen, ohne deswegen vom Vizepräsidenten Hohenzollern gerügt zu werden. Dabei wird keiner der beleidigenden Ausdrücke, die am Sonntagabend gegen Hohenzollern fielen, gerade dem Abgeordneten Lebedour zugeschoben. Er hat nur getan, was im englischen Unterhaus oft geschieht, hat den Präsidenten aufgefordert, einen Erhebenden zur Ordnung zu rufen. Er war dabei schon informiert im Recht, als der Präsident unzulänglich eine Pflicht veräußert hatte. Das hätte man heute bei der Abstimmung über die Lebedour'sche Reichsrede in Betracht ziehen sollen.

Ein Präsident, der im kritischen Augenblick versagt, vertritt, bis Remedie eingetreten ist, den Anspruch, Ordnungstrafe zu erteilen, zumal wenn er selbst, eben wegen seiner Versäumnis getroffen worden ist.

Selbst wenn Erbprinz Hohenzollern jetzt endlich freiwillig aus dem Präsidentenamt scheidet, ist der heutige Beschluß, ist auch die Heiterkeit nicht aus der Welt zu schaffen. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages hat die parlamentarische Würde nicht hinreichend geschätzt. Und die Sozialdemokratie wird ihr dafür bald die Rechnung präsentieren.“

So werden Herr Odenburg und Prinz Hohenzollern die eifrigsten Propagandisten gegen die Schwachheit der bürgerlichen Parteien.

„Nord. Allg.-Zeitung“ bringt am Donnerstag den Briefwechsel zwischen dem Aldeutschen und dem Reichsfänger. Die beiden Briefe sind es wert, daß man von ihnen Notiz nimmt. Das an den Reichsfänger gerichtete Schreiben lautet:

Die am 30. Januar 1910 in Düsseldorf als Vertreter von 39 Ortsgruppen tagenden rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner des Aldeutschen Verbandes erachten es als vaterländische Pflicht, auszusprechen, daß in ihren Kreisen das Auswärtige Amt alles Vertrauen verloren hat. Diese Reichsbehörde hat fortwährend durch ihre Maßnahmen tatsächlich fremdländische Interessen zum Nachteil Reichsdeutscher gefördert, sie geraden dem Ausland die Waffen gegen deutsche Unternehmungen geliefert und in wichtigsten Fällen große rechte Interessen schwer geschädigt. Mit besonderer Sorge fragt die Versammlung, wie lange der Reichsfänger solches politisch und wirtschaftlich gleich schädliche Gebaren des Auswärtigen Amtes mit seiner Verantwortlichkeit bedenken will.

Der Reichsfänger hat darauf folgende Antwort an die Hauptleitung des Aldeutschen Verbandes in Mainz geschrieben:

„Der Hauptleitung des Aldeutschen Verbandes beehre ich mich mitzuteilen, daß mir aus Wilhelm-Ruhe das beifolgende Schreiben zugegangen ist.“

Es ist unverantwortlich, daß von Gliedern einer Organisation, die, wie der Deutsche Verband, nach ihren Sätzen im nationalen Sinne wirken will, gegen eine Reichsbehörde so unbedingte und beweislose Anschuldigungen geäußert werden.

Ich lehne es ab, diese Entschuldigungen anzunehmen. Der Reichsfänger.

Diese Abschüttelung der Aldeutschen ist zu billigen. In Deutschland nimmt diese Gesellschaft kein denkender Mensch ernst, desto mehr Wert legt aber das Ausland auf die Äußerungen der Aldeutschen, deren gemeingefährliches Treiben durch diesen Briefwechsel wieder einmal hervorgehoben ist.

Straßendemonstrationen und Zentrumspartei.

Die ganze Natur der Zentrumspartei kommt jetzt wieder zum Vorschein, wo die Zentrumspresse in mehr oder weniger demagogischer Weise die Straßendemonstrationen unserer Genossen in Essen und Braunschweig bespricht. Die brave Zentrumspresse verwirft überhaupt Demonstrationen auf der Straße, zumal wenn es sich um Bekämpfung eines „noch einmal bestehenden Gesetzes“ handelt. In Geduld und Friedlichkeit müsse das Volk das Ende des Unrechts abwarten und nur „legale Mittel“ anwenden, wozu das „auf die Straße Steigen“ nicht gehöre.

Hat denn etwa das Zentrum in den Zeiten, wo ihm die Regierungsunfähigkeit nicht so warm schien wie jetzt, nur sogenannte „legale“ Mittel zur Erreichung seiner Zwecke ergriffen? Hat es insbesondere damals auch die Straßendemonstrationen vermieden? Das kann nur bejaht werden von Leuten, die die fanatische Entschlossenheit der Zentrumspartei in Westdeutschland nicht kennen, die sie entfaltet, wenn es gilt, ihren Willen durchzusetzen. Beispielsweise ist der Kölner Bürgerkrieg die gewaltige Straßendemonstration, die in der Rheinmetropole am 31. März 1874 anlässlich der Verhaftung des Erzbischofs Paulus Melchers stattfand, noch unvergessen. Der Erzbischof sträubte sich gegen die aus den sogenannten Kulturkampfgesetzen erfließenden politischen Maßnahmen gegen den Klerus. Daß die westdeutsche, speziell die kölnische Zentrumspresse, die am 31. März 1874 gegen die Verhaftung des Erzbischofs protestierenden Straßendemonstrationen verurteilt oder auch nur getadelt hätte, in den Zeitungen unbekannt geblieben. Wenn ein leiser Tadel geschah, so war er in sozial begeisterte Anerkennung für die geoffenbarte Liebe zum erzbischöflichen Oberhirten“ eingehüllt, daß der Tadel einer Aufmunterung gleichkam.

Wie es an dem Tage auf den Straßen im „heiligen Köln“ berging, das soll uns Herr Domkapitular

schien, also zu einer Zeit, da das Zentrum sich anfühlte, wieder in die Linie der Regierungsparteien einzuschwenken, sicherlich die Farben nur matt aufstrahlend. Herr Domkapitular Dr. Ludwig erzählt von dem 31. März 1874 in Köln:

„Inzwischen hatte sich die vor dem Hause (des Kardinals) versammelte Volksmenge bedeutend vermehrt. Als die Polizei mit dem Herrn Erzbischof in der Tür erschien, erscholl ein langanhaltendes „Psall“ aus der Volksmenge, dem ein erschütterndes Hoch auf den Erzbischof folgte. Nachdem der Polizeipräsident und der Kommissar den Herrn Erzbischof in den Wagen gebracht hatten, stiegen sie zu demselben hinauf, und der Aufseher fuhr schnell über die Gereonsstraße und Altingelweg zum Arresthaus. Die ganze Volksmenge zog mit zum Gefängnis und war so angeschlossen, daß die Straße vor demselben weiterhin dicht gefüllt war. Die Volksmenge stimmte nun das Lied an: „Wir sind im wahren Christentum“ und brachte dann ein langanhaltendes brausendes Hoch auf den Erzbischof aus. Infolgedessen forderte die Polizei das Volk auf, sich zu zerstreuen und drängte es nach allen Seiten fort. Im Fortgehen wiederholten sich noch andere Gesänge: „Jesus, dir lebe ich“ usw.“

Wie das katholische Kölner Volk zu vielen Tausenden auf die Straße stieg, um gegen die von den Bundesbrüdern des Zentrums, den ostelbischen Junkern mitbeschlossenen Ausnahmegeetze zu demonstrieren durch Umzug, Gesang, Schreie und Rufe, so demonstrieren eben heute die Klassenbewußten Arbeiter im Namen der ungeheuren Majorität des entrechteten Volkes in Preußen und Braunschweig gegen die Schwärze des Klassenwahlrechts. Und nun gesellt sich das Zentrum biederträglich zu den „Staatsbehörden“ Privilegierten und benutzert die Straßendemonstrationen als ein ungelegentliches Mittel. Hat je eine Partei ihre eigene Vergangenheit schlimmer besudelt als das Zentrum?

Wie die Nationalliberalen den Volkswillen respektieren wollen.

Die „Leipz. Ztg.“ rechnet aus, welches Ergebnis die Wahlen bei gleicher Stimmberechtigung der Wähler in den meisten Wahlkreisen gehabt haben würden. Es ergibt sich daraus, daß nach dem Reichstagswahlrecht bei den Hauptwahlen 6 Konservative und 53 Sozialdemokraten mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt worden und 32 Sozialdemokraten mit Kandidaten der bürgerlichen Parteien in engere Wahl gekommen wären. Es würden dann weiter noch aus den Stichwahlen 15 Sozialdemokraten hervorgegangen, im ganzen also 68 Anhänger dieser Partei gewählt worden sein. „Da nach dem sächsischen Mehrstimmrecht aber zusammen 66 bürgerliche und nur 25 sozialdemokratische Abgeordnete gewählt worden sind, so ist nicht zu bestreiten, daß dies Mehrstimmrecht eine wirksame Schranke gegen die im Reichstagswahlrecht für alle bürgerlichen Parteien liegenden Gefahren bildet.“

Das heißt auf gut deutsch: Wenn im Volke eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden ist, dann muß sie von der Minderheit verzwängt werden. Dann gelten die Gesetze der Minderheit und nicht die der Mehrheit. Glaubt denn ein einziger Nationalliberaler, daß sich die Vergewaltigung in aller Ewigkeit aufrecht erhalten läßt.

Weiteres aus dem Geschäftsbericht des Reichsverbandes.

Was der Reichsverband an Verleumdung der öffentlichen Meinung leistet, geht aus folgender Stelle des Jahresberichts hervor:

„Es gibt heute bereits 403 Zeitungen, die regelmäßig die „Korrumpierung“ des Reichsverbandes besprechen. Durch diese Ränke ergießt sich ein weiter Strom politischer Aufklärung (?) durch die Tagespresse, ohne daß im einzelnen immer kenntlich ist, aus welcher Quelle dieser Strom hervorsprudelt.“

Weiter konstatiert der Bericht mit einer gewissen Genugtuung, daß jetzt alle Parteien das Material zur „Verächtlichmachung“ der Sozialdemokratie vom Reichsverband beziehen,

„Das auch durch Organisationsbeschlüsse des Zentrums von diesem Planblatt („Die neuen Reichskammern und der Volksvertrag der Sozialdemokratie“) gegen 45.000 Exemplare verbreitet worden sind, soll noch besonders hervorzuheben werden, als ein Beweis dafür, daß die Tätigkeit des Reichsverbandes, getrieben seinem Programm, sich völlig parteilich vollzieht und allen bürgerlichen Parteien zugute kommen kann.“

Im ganzen wurden 2.114.000 Flugblätter im Jahre 1909 verbreitet. Da eine größere Anzahl von Ortsgruppen nicht die Mittel besaßen, um sich in größerem Umfange an einer Flugblattverbreitung zu beteiligen, hat der Hauptverband beschlossen, die Verbreitung von der Hauptstelle aus zu bewirken. Der Bund der vaterländischen Arbeitervereine hat seine größte Bereitwilligkeit ausgesprochen, den Reichsverband mit allen Kräften zu unterstützen.

Zum Schluß rühmt der Reichsverband seine Taten, die er anlässlich der Stadtverordnetenwahlen in Pantow und Halle a. S. vollbracht hat, verschweigt aber wohlweislich alle die wichtigeren Orte, in denen es auch trotz angestrengtester Arbeit nicht gelungen ist, die Sozialdemokratie zu verdrängen. Gerade das verfloßene Jahr hat aber der Sozialdemokratie gezeigt, daß es trotz des Reichsverbandes oder gerade deswegen riesig vorwärts geht, daß die rote Flut immer stärker anschwillt, was zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Für 20 Millionen Mark Militärausgaben. In der Budgetkommission kam es am Donnerstag rein zufällig zu einer allerliebsten Entfaltung. Von einem Militärliebe wurde angefragt, wie es mit der Einführung der neuen Uniform stehe. Bei der sich hieran anschließenden Debatte wurde die ungeheuerliche Tatsache bekannt, daß die Reichsregierung für 20 Millionen Mark Tuchvorräte bezieht. Auch diese Mitteilung sollte, so wünschte das der Selbstvertreter des Kriegsausschusses, wie so vieles aus der Militärverwaltung, geheim bleiben. Das ging aber selbst bei der in ihrer Mehrheit sehr militärfernen Kommission denn doch zu weit. Sie lebte es ab, diesem Wunsch zu willfahren, weil das Bekanntwerden dieser Tatsache unter der Militärverwaltung recht unangenehm sein moß, aber unsere Landesverteidigung und die Sicherheit des Reichs: „doch sicherlich nicht beeinträchtigt werden. Die Beschaffung über den Posten „Beleidigung der Truppen“ wurde noch angefragt und dürfte die Angelegenheit in der nächsten Sitzung voraussichtlich nochmals erörtert werden.“

Nach ein Nachspiel zum Königsberger Schandfäulenprozeß. Am 14. August vorigen Jahres wurde Genosse Markwald aus dem Allensteiner Gefängnis entlassen, in dem er seine 14jährige Strafe wegen Beleidigung verbüßt hatte. Auf dem Königsberger Bahnhof fand sich eine Anzahl Genossen zum Empfang ein, die, als sie Markwald begrüßten, nach dem Parteiloale gehen wollten. Nach Ansicht der Polizei soll dies in geschlossenem Zuge geschehen sein. Die Polizisten suchten den Zug zu zerstreuen, was große Aufregung verursachte. Bei dieser Gelegenheit soll Genosse Jodles einen Schußmann mit einem Stock geschlagen und sich, als er erwidert werden sollte, des Widerstands gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht haben. Genosse Gottschalk, der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins, soll versucht haben, den Jodles zu befreien. Auch sollte er den von der Polizei nicht genehmigten Aufzug geleitet und dadurch gegen das Vereinsgesetz verstoßen haben.

Dem Genossen Markwald war bekanntlich ein kleiner Blumenstrauß von einem Schutzmann gewaltam entrissen worden. Gottschalk soll dieses Verhalten des Polizisten in einer Volksversammlung als ein „straßenräuberisches“ bezeichnet haben.

Wegen dieser Vergehen hätten sich die beiden Genossen am Dienstag vor der Königsberger Strafkammer zu verantworten. Zu der Verhandlung waren 23 Zeugen geladen. Es wurde durch Zeugenaussagen festgestellt, daß Jodles von Schutzleuten mißhandelt worden ist. Ueber die ihm zur Last gelegten Vergehen wurden die widerprechendsten Angaben gemacht. Er selbst behauptete, mit seinem Stode nur herumgeschwungen zu haben. Möglich sei, daß er dabei jemanden getroffen habe. Von einer absichtlichen Körperverletzung könne keine Rede sein. Gottschalk erklärte, daß er den Aufzug nicht geleitet und sich nicht des Verstoßes der Gefangenensbefreiung schuldig gemacht habe. In der Verhandlung habe er nur auf einen Juraß „Strafentraub“ gesagt. Die Angabe wurde von zwei Zeugen bestätigt, während der Polizeikommissar und ein bürgerlicher Berichterstatter erklärten, der Angeklagte habe das Verhalten des Polizisten als strafentraubend bezeichnet.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Jodles 6 Monate und eine Woche, gegen Gottschalk insgesamt 6 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. Das Gericht sprach Gottschalk von der Anklage der verstoßenen Gefan-

Ein Berrückter.

Kampf um Ende eines Lebens.
Von Josef Kneberer.

(Nachdruck verboten.)
Loni lockte verstimmt und trau aus seinem Krage. Frau Kreitmayer wollte dieses Thema nicht verlassen:
„No, das gibt a sehr schöne Zeit und a guate Eh! De jooa passen s'amma. Der Herr Förster is a braver Mann und de Kathi is a sold's, ordentlich's Rabi.“
Der Herrmann lachte höflich:
„Stich passen de jooa s'amma! ... Und mit 'n Heiratquell mei sie de Kathi a liche ... kriagt ja 'n Förster ... De Strauch's loone G'wich ins Haus s'bringen!“
„Geh, du wüßstst Str!“ eizerte die Birtin, „wascht auf alle Dem 'n Dred s'bringen?“
Loni grunzte und ließ den Kopf fallen:
„Warum net gar! I freu mi ja bloß“, lachte er.
Die Lure ging auf und mit zwei letzten Augenblicken trat die Magd vom Hofraum in die Stube.
„Jura Birtin, ja s' ja guat!“
Der Herrmann bemerkte das Mädchen:
„Wart! Wart! Da geh her! Kriagt bei mir!“
Damit hielt er ihr den Krage hin. „Kriagt amal wieder mit mir zum Krage geh'n!“ fragte er.
Sie tat beiläufig:
„Du bist net scho der Rechte!“
Er schied sie in den Arm und lockte plump.
„Deswegen geh'n net so zum Krage, geh, Marie!“
Der Herrmann, der mit den geizigen Gläsern, an Stelle seiner Frau, zuckelte, hörte diese Worte, und schien sehr empört:
„Schonst du sei, Loni, jetzt in der Zeitzeit dem Krage s'geben!“
„Net net bei die am End net bawo red'n? Ha? In-ferend wüßt a a Fremd hab'n, wie de andere Krage des braver Welt, die alle mit arbeiten.“
Der Herrmann wurde es gewis, er zuckte und folgte der Magd ins Freie.
Stumpfsinnig schied ihm der Kopf nach:
„Des is a ja a Schand, so a Krage, der Förster ha“, sagte er zum Birtin. „A Förster is er, der mir tuat, der Krage Loni. Es wüßtst bei sie plagen wüßtst, wie unglücklich!“

„Wascht du dir gar so plagen?“, fragte der Birtin.
„I? Des mach' guat, Kreitmayer! I schind mi 'n ganzen Tag und de Förster gassen guat und kreden de Krage in d' Lachen. De Förster san a alle Schupfen, alle mit-amanda!“
„Loni, halt bei Krage!“ rief der Birtin.
„De san's Schupfen, grad extra sag' i des! Und de Förster san net besser. Ja, g'ichwolln daber red'n in da Schupf und im Lachen ... 'n moralischen rauhung'n, des können's aber demsel san 'a alle Spitzbub'n, s'onders der, der da grad 'naußganga is.“
Der Birtin konnte auf.
„Was meinst du mit dem, Loni“, fragte er freundlich.
Der Herrmann lachte verstimmt:
„Ja, geh? Jesu mach' s' wüßtst? Ha! ha! Oh, i sag' net, hal i red'n wollt!“
„So ja red halt“, wisperte Kreitmayer und klopfte ihm zärtlich auf die Schulter.
Die Junge des Herrmannen wurde immer schwerer. „No, i red net ... der net ... net lacher“, aber ... ha, ha, des wüßtst mach' i, daß 'n Herrmanns hundertweil tuat zuegen ich, wenn der Krage net dahoam is!“
„So, so, so? Ja, was is denn da los? Geh, ver-g'ah mer's Loni! Wahrscheinlich befrucht's de Kragelein Krage?“
Loni mußte unglücklich lachen:
„Ja, ja, ja, ja! es betrifft de ... de sogenannte Frau-lein Krage!“
Der Birtin ließ den Herrmannen in Ruhe. Er hatte genug erfahren und mußte es so schnell wie möglich seiner Frau sagen, denn diese Krankheit machte ihn ganz zappelig.
In der Stube fand er die Birtin und zog sie eilig in eine Ecke. Sie schlang die Hände zusammen und wollte ihm mit den Augen förmlich durchschauen.
„H! H! Stab sein, abwarten und zu loan' Menschen horren! Was verstanden lassen“, sagte er und legte den Finger an den Mund, nachdem er sich vorzüglich ausgelesen hatte.
„Reiche Wände zogen durch das La. Die frischgeglügten Silber waren zum ersten, schickterem Grün überhand und in den hundertjährigen Zweigen der Rachen und Gedulde, wo wüßstst gerade Vogel jagen, s'och es wüßtst aufstehendem Leben. Auf den Höhen waren Wasserfälle entpinnen und seine Staub-schichten lösten sich in der Mittagsonne von den Felsen. Die ins Dorf benannte der angeschwollene Sturz des Gießbades vom der dampfenden Schlucht heraus. Dort, in dem leuchteten

Schlunde hatte sich der Winter noch festzuhalten versucht, aber auch hier fingen die gigantischen grünlich-schwarzen Eisklöbe der mächtigen Wände schon zu bersten an und zerfliegen mit furchtbarem Getöse an den jädigen Felsen der Tiefe.
Das Fest der Aufstehung feierten Natur und Kirche.
Ueber die simpel gemalte Höhle, die den Leichnam des Erzherrn zwischen bunterleuchteten Glasfiguren barg, war ein schwarzer Vorhang herabgefallen und am Hochaltar prangte auf dem Tabernakel der Heiland mit seinen Blutmalen und hielt eine Fahne in der Rechten.
Christus ist erstanden, hallelujah, sang der Chor unter schmetternden Posamentenklängen, und der Pfarrer segnete, von Weihrauch umbrodet, seine Gemeinde.
Sonntige Festtage folgten, und hochgehobenen Hauptes folgte der Förster von Wallberg mit seiner Braut in die Kirche. Kathi sah ganz allerleibst aus. Die feste Tracht vermachte die abgerundeten Formen ihres Körpers, der bei aller Dürftigkeit etwas ungemein Selenes und Beseeligendes hatte, nicht zu entstellen, und es war auffallend, wie sich dadurch das Mädchen von dem anderen Dorfhirnen abhob, die alle vieredig aus-sahen, wie die riesigen Gebetsbücher, die sie in den Händen trugen.
Abfällig zeigte sich Göpfert im vollen Staate.
Balder sollte sich zum Grünwerden ärgern und endlich erkennen, daß der Förster von Wallberg nicht mehr einer so hoch-mühtigen Sippschaft nachzulaufen brauchte! Dort lag sie ja, die fromme Anna, zwei Verfüßle vor ihm, und das hundertjährige Hochamt, das Göpfert unerträglich langweilig vorkam, gab ihm Gelegenheit genug, die Andächtigen zu beobachten. Wie sie sich verhalten konnten! Vor lauter Frömmigkeit hatte sie nicht einmal Göpferts Gruß erwidert, als sie in die Kirche trat. Dann lange warten, bis sie wieder angesprochen wird! Weiter war Balder nicht in der Kirche. Gegen ihn begte Göpfert den bittersten Groll, weil man dem eingebildeten Menschen so gar nicht beikommen konnte. Darum freuten ihn die anmaßlichen Worte, die von der Kanzel fielen, nicht wenig, und er stundete beim Verlassen der Kirche sehr eifrig dem guten Kreitmayer zu, der über die Gottlosigkeit Balders bezweifelte die Hände rang.
Der gottlose Mann war in seinem Walde gewesen. Dort schwaum alles in zitterndem Frühlingsschleier unter den Ästen der Tannen und Fichten, dort sprudelten neubeflebte Quersquellen, deren frohlautes Wasser in den Sonnenstrahlen bligte, und von Mariakirchen tönten die Oerglocken herüber in die festerliche Stille des festlichlichen Morgens.
(Fortsetzung folgt.)

ge bezeichnen die Wegnahme des Blumenstraußes als berechtigt. Gestern wurde wegen Körperverletzung und Wilderhandes zu zwei Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt.

Im Reichstag wurde am Donnerstag die Beratung des Kolonialrats glücklich zu Ende geführt. Viel weiter kam man nicht, da die Meinung des Vizepräsidenten Espada, bis in die Nacht liegen zu lassen, im Hause am entscheidenden Widerspruch blieb. Nur noch der Etat des Reichsmilitärgerichts wurde debattiert genehmigt.

Der Staatssekretär Verdunz hatte am Dienstag beinahe eine Wendung in der kolonialpolitischen Stellung der Sozialdemokratie an konstatieren versucht. Uebereinstimmend wiesen die Genossen Gebour und Koste diesen Versuch zurück. Mag auch in einzelnen Fragen die Auffassung innerhalb der Fraktion variieren, gesondert einer leopoldinischen Konopolitik, wie sie in Südwestafrika getrennt nachgedacht wird, gibt es in der Sozialdemokratie keine Meinungsverschiedenheiten. Es ist traurig und beschämend, daß für das schändliche Verfassungskonzept in Südwestafrika resp. für dessen Kritik ungenügend außerhalb der Sozialdemokratie kein Interesse vorhanden ist. Im englischen und holländischen Parlament haben sich selbst in den schlimmsten Zeiten des Kolonialimperialismus strenge bürgerliche Kritiker kolonialer Gruppierungen gefunden. Aber in Deutschland überläßt auch der sogenannte liberale Liberalismus mehr und mehr den Schutz der Eingeborenen gegen Sklavenhalterverhältnisse ausschließlich der Sozialdemokratie. Erwähnt soll noch werden, daß der Marschfelder Scharfwerker, Herr Krenzl, auch als sozialistischer Scharfmacher auftrat. Hat er auch dort Afrika, wie in Mansfeld?

Am Freitag steht an erster Stelle der Etat des Reichstags. Da wird vielleicht Gelegenheit sein, auf die Unzufriedenheit zurückzukommen.

Die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen. Der dem Reichstage angegangene Entwurf des Gesetzes betreffend die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika ermächtigt den Bundesrat, bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Vereinigten Staaten und deutsche Zollgebiete die Anwendung der in den geltenden Handelsverträgen zugestandenen Zollsätze in angemessenem Umfang zuzulassen.

In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es, daß es bei den Verhandlungen nur darauf ankommen konnte, Deutschland den amerikanischen Minimaltarif zu sichern, sowie gewisse Zugeständnisse auf dem Gebiete des Zollverwaltungsverfahrens. Dagegen verlangen die Vereinigten Staaten die Gewährung aller deutschen Verträglichkeiten. Die Annahme von amerikanischen Schweißblech nach Vornahme einer amtlichen Trichinosenuntersuchung in Deutschland und Zulassung von amerikanischen Rindfleisch zur sofortigen Schlachtung.

Von deutscher Seite wurde erklärt, die kaiserliche Regierung könne auf die beiden letzten Forderungen im Rahmen der Tarifverhandlungen nicht eingehen. Um aber ein Aequivalent ihrer freundschaftlichen Gesinnungen gegenüber Amerika zu geben, wolle die kaiserliche Regierung, falls die Union die Abschaffung der Trichinosenuntersuchung geltend zur Sprache bringe, auf die Erleichterung dieser Angelegenheit im Sinne der amerikanischen Wünsche hinzuwirken bereit sein. Bezüglich der Einfuhr lebenden Viehs dagegen könne die kaiserliche Regierung weder ein Entgegenkommen in Aussicht stellen, noch in irgendwelche Verhandlungen einreten. Bezüglich der deutschen Vertragslage sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Block der Linken im Weimarer Landtag. Die beiden linksliberalen Gruppen im Weimarer Landtag haben sich mit den Abgeordneten der nationalliberalen Partei zu einer gemeinsamen Fraktion zusammengeschlossen und einen aus drei Mitgliedern bestehenden Vorstand gewählt.

Die preussische Regierung gegen die Lehrer. Die Regierung in Minden hat die von der Stadt Hagen beschlossene Anlage für Volksschullehrer im Betrage von 200 Mark pro Jahr nicht genehmigt, da besondere Verhältnisse nicht anerkannt werden können.

Drohung mit dem Zollkrieg gegen Frankreich. Der „Berliner Lokalanzeiger“ will erfahren haben, daß die deutsche Regierung der französischen keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß sie, falls der Senat den von der Deputiertenkammer beschlossenen, gegen die deutsche Einfuhr gerichteten Zollschönbungen ohne Rücksicht auf die deutschen Beschwerden und Wünsche zustimmen sollte, unverzüglich zu Gegenmaßnahmen schreiten würde. Regierung und Reichstag seien völlig einig darin, daß in diesem Falle alles zu tun sei, um die französische Einfuhr nach Deutschland durch entsprechende Repräsentationen empfindlich zu treffen.

Die Schiffsabgaben. Wie der „Reichsanzeiger“ mitteilt, hat die Beratung der Bundesratskommissionen zu dem Ergebnis geführt, daß die verfassungsmäßige Mehrheit des Artikels 78 der Reichsverfassung für die Grundgedanken dieses Vorschlags, nämlich: Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes unter billiger Heranziehung der Beteiligten durch Erhebung mäßiger Schiffsabgaben,

Zusammenfassung der Uferstaaten innerhalb der einzelnen Stromgebiete in Zweckverbände zur Finanzierung der erforderlichen Bauarbeiten aus gemeinsamen Stromläufen vorhanden ist, und daß auf der so bezeichneten Grundlage in die weitere Erörterung der Einzelheiten des Entwurfs eingetreten werden soll. Preußen ist es gelungen, alle Bundesratsmitglieder bis auf 12 auf seine Seite zu ziehen.

Schutz der nationalen Arbeit. An der Spitze der Grundzüge, die vom Reichlichen Kanalamt für die Beschaffung von Arbeiten für die Erweiterungsbauten am Kaiser-Wilhelms-Kanal herausgegeben worden sind, steht der Satz: daß in erster Reihe und vorzugsweise deutsche Arbeiter beim Kanalbau beschäftigt werden sollen. Ein solches Versprechen ist auch bei der Beratung des Kanalbau-Gesetzentwurfs im Reichstage vom Ministerpräsidenten aus gegeben worden.

Wie es mit der Erfüllung dieses Versprechens aussieht, zeigt folgendes Beispiel:

In der in italienischer Sprache erscheinenden, letzten Nummer der christlichen Fachzeitung „Der Stahlener in Deutschland“ (Nr. 144) heißt es unter dem Stichwort: „Wichtige Bekanntmachung“:

„Dem königlichen Konsul in Kiel erhalten wir folgenden Brief, den wir gern veröffentlichen:

Kiel, den 10. Januar 1910.
Die Verwaltung für die Erweiterungsbauten des Kaiser-Wilhelms-Kanals teilt dem Konsulat mit, daß die Firma Hermann Bachstein, Bauabteilung, Kiel, die Erlaubnis erhebt, italienische Arbeiter zu beschäftigen.

Der Unterzeichnete bittet Ew. Hochwohlgeboren, diese Mitteilung bei passender Gelegenheit zu veröffentlichen, damit die Vorkarbeiter sich darauf einrichten können, diesbezüglich mit der Firma in Verbindung zu treten.

Der königliche Konsul
R. Lehmann.

Die Firma Bachstein hat übrigens schon vor vier Wochen sechs Schichtmeister und 150 meist verheiratete und in Kiel anständige Arbeiter, die 38 und 40 wöchentliche Stundenlohn erhielten, entlassen und dafür 2 polnische Schichtmeister mit 100 ausländischen Arbeitern angestellt, die nur 30 und 32 Fla. Stundenlohn erhalten.

Nationalliberale Schmerzen. Der agrarische Reichstagsabgeordnete Lehmann-Jena gebürtig war nicht mehr zur nationalliberalen Reichstagsfraktion, aber er rechnete sich noch zur nationalliberalen Partei. Weil ihm diese nun aber auch auf den Fuß rückt, hat er in einer Versammlung des Bundes der Landwirte gesagt:

„Wir sehen, wie der Kampf zwischen den Nationalliberalen und dem Bund der Landwirte nicht mehr auf die hannoverschen Rechte beschränkt bleibt, sondern sich auf das ganze Reich ausbreitet. Wir sehen endlich, wie der Freisinn immer weiter nach links rückt und sich mehr und mehr mit der Sozialdemokratie verbindet.“

Seine Angst, Lehmann, so weit ist es noch lange nicht. Die Zunahme der Zahl erwerbsfähiger Frauen in Deutschland führt im letzten Post der „Öffne“ in einem Artikel „Die Frauen“ durch den bekannten Sozialpolitiker Kaufmann

7.008.000 geborenen, also um 2.688.000 im ganzen vermehrt. Von dieser Vermehrung entfallen auf die Landbevölkerung 1.848.000, auf die Stadtbewohner 5.160.000 und auf den Handel 240.000. Nicht mit Unrecht weist der Verfasser darauf hin, daß diese Millionen erwerbender Frauen ein bedeutendes Stück des deutschen Volkseinkommens darstellen, die sich früher oder später auch politisch in Reich und Welt geltend machen und, möchten wir noch hinzusetzen, hoffentlich auch gesellschaftlich.

Ausland

Der dänische Landtag wurde wieder eröffnet. Der Statthalter erklärte, die Regierung habe sich für verpflichtet, die Anregung zu einer gesetzlichen Neuregelung jener Einrichtungen zu geben, auf welche die bereits eingebrachten Gesetzesvorlagen, betreffend die Abänderung der Landesordnung und die Schaffung einer neuen Landtagswahlordnung, und die Vorlage, betreffend den Sprachgebrauch, bei den autonomen Behörden sich beziehen. Die eingebrachten Vorlagen lägen im Interesse der gesamten Bevölkerung. Die Regierung sei bestrebt, zur Verwirklichung friedlicher Beziehungen zwischen den Nationalitäten beizutragen. Den Erklärungen des Statthalters folgte Lärm bei den Dänisch-Nordalern, die vielen der Regierungsvorlagen lämen nur den Deutschen zugute. Nach Verlesung des Einlaufes wurde die Sitzung ohne Zwischenfall geschlossen.

Eine Vorberatung der deutschen Landtagsabgeordneten beschloß die Einsetzung einer Subkommission zur Erzielung des nationalen Ausgleichs mit der Oberkammer zu beantworten. Tropdem hat der Oberstandmarschall die Wahl der Subkommission als ersten Punkt auf die morgige Tagesordnung gesetzt. Der ehemalige Ministerpräsident Graf Franz von Helldorf hat eine neuerliche Vermittlungsaktion eingeleitet.

Englische Wahllisten. Ueber den zahlenmäßigen Ausfall der englischen Wahlen lesen wir in der „Frankf. Zeitung“: Nachdem nun die Wahlen bis auf einige wenige Nachzügler abgelaufen sind, läßt sich nicht bloß nach den auf die einzelnen Parteien entfallenden Mandaten, sondern auch nach den Ziffern der Wähler feststellen, für wen das Volk von Großbritannien und Irland sein von den Lords angerufenes Votum abgegeben hat. Es sind auf die Liberalen 2.551.258 Stimmen auf Arbeiterkandidaten und Sozialisten 513.477, auf die Konservativen 3.090.126 Stimmen abgegeben worden. Das ist eine Mehrheit von nahezu 300.000 Stimmen. Außer Betracht bleiben hierbei die auf irische Nationalisten entfallenden Stimmen, die sich deswegen nicht ziffernmäßig angeben lassen, weil in den meisten irischen Wahlbezirken, da keine Gegenkandidaten aufgestellt waren, ohne eine eigentliche Wahl, durch die bloße Nominierung des Kandidaten die Abgeordneten bestimmt wurden. Immerhin würde man für diese Wahlkreise etwa 300.000 weitere Stimmen rechnen müssen. Auf der anderen Seite sind den Konservativen, wie bereits früher berichtet, die Stimmen zahlreicher Pluralwähler, man schätzt hierfür ebenfalls einige Hunderttausende, zugute gekommen. Es ist also nicht zuviel gesagt, wenn man die für das Budget stimmende Mehrheit auf eine halbe Million, also auf etwa ein Siebtel der abgegebenen Stimmen und das Verhältnis der beiden Gruppen (ohne Iren) auf 7:6 schätzt. Das ist eine Proportion, die für die Liberalen eine, wenn auch nicht viel höhere Anzahl von Abgeordnetenstellen bedingen würde, als sie tatsächlich erhalten haben. Das Verhältnis der Abgeordneten würde sich etwa 317:271 stellen, während es jetzt vorläufiglich 314:274 sein wird. Es zeigt sich somit, daß trotz der durchaus nicht arithmetisch bemessenen Wahlkreisverteilung doch das Ergebnis ziemlich genau dem Verhältnis der Wähler auf beiden Seiten entspricht, und es ist eitel Klunkeret, wenn konservative Wähler es so darstellen, als seien die Liberalen bei der Verteilung der Mandate zu günstig weggekommen. Wichtig ist, daß das konservative Votum seit der letzten Wahl um etwa 640.000 gewachsen ist. Aber auch die demokratische Stimmenziffer ist um etwa 260.000 Stimmen höher geworden, obwohl doch schon die Wahl von 1906 eine demokratische Hochflut darstellte und abwechselnd diesmal von der konservativen Seite unter äußerster Anspannung aller Kräfte gearbeitet worden ist. Man mag die Sache wenden, wie man will, die Entscheidung des Landes ist gegen die Tories und gegen die Lords für die Regierung und das angeklagte räuberische, revolutionäre und sozialistische Budget ausgefallen. Darin liegt aber gleichzeitig eine sehr scharfe Beurteilung der gegen alles konstitutionelle Verfahren verlaufenden Auslieferung der Peers und auch der hawitischen Gehe, mit der der Wahlkampf von dieser Seite geführt worden ist.

Belgische Wahlreform. In der letzten Kammer Sitzung kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Die Regierung beschloß zunächst, die Budgets zu beraten. Der Kabinettschef erklärte, er weigere sich, die Wahlgesetze zu vereinheitlichen, wie es von den Sozialdemokraten und Liberalen beantragt worden ist. Diese verlangen beinahe dasselbe Wahlsystem für die Gemeinde-, Provinzial- und Kammerwahlen. Der Kabinettschef verlangte den Vorschlag für die Beratung der Fragen betr. die Anwendung der völkischen Sprache im öffentlichen Unterricht. Der sozialistische Führer Vandervelde droht, einen Antrag einzubringen, betreffs Abänderung der Verfassung.

Die Kongowirtschaft in der belgischen Kammer. In der Kammer Sitzung wurde die Beratung der Kongo-Interpellation fortgesetzt. Der Interpellant Lybbant legte seine Kritik an der Kongoverwaltung fort; weiter kritisierte er die Vergebung von Grundbesitzungen an den Engländer William. Redner wies darauf hin, daß die Belgier immer mehr aus dem Minengebiet des Katanga verdrängt würden. Redner erklärte weiter, die Ausfuhr von belgischen Arbeitern für notwendig, um die Ausbeutung des Katangagebietes zu erschweren. Weiter bestritt er die Einführung von Minenleuten. Auf eine Zwischenbemerkung des Kolonialministers antwortete der Redner, der Minister halte seine Vereinfachungspolitik aufrecht. Bedauerlich sei es, daß die Kolonialverwaltung die Interessen des Landes gewissen Privatgesellschaften geopfert habe. Der sozialistische Führer Vandervelde beklagte das Fehlen aller Reformen und weist auf die Notwendigkeit von Reformen hin. Es sei bekanntlich, daß die belgischen Arbeiter nicht schon zu Rechten des Königs Leopold erfolgt seien. Redner erklärt dann eine Forderung des Schicksals der Eingeborenen für nötig und übt scharfen Kritik an dem gesamten System der Kongoverwaltung. Redner beklagt schließlich dann den Kabinettschef, daß die Granaalereien gegen die eingeborene Bevölkerung in der Abnahme begriffen seien.

Partei-Angelegenheiten.

Eine Bravourleistung. Unsere Parteigenossen in Afrika — sechs reichlicher Wahlkreis — haben die beiden letzten Sonntagspausen genutzt, mit dem Resultat, daß der Parteionganisation rund 500 neue Mitglieder zugeführt und zugleich eine große Anzahl Abonnenten für die „Dresdener Volkszeitung“ gewonnen wurden. In Ostböhmen stieg die Zahl der Mitglieder von 1300 auf 1800, in Schlesien von 1100 auf 1400. In den anderen Bezirken ist eine ähnliche Agitation geplant. — Die Dresdener Genossen werden ihren Sitz hierin legen, es bis Sachten nachzuziehen.

Die Dresdener Genossen beschäftigen sich bürgerliche Wähler behaupten, im freimurderischen Landtagswahlkreis des Gewisses Hermann den Arbeiter Adolf Hoffmann als Kandidaten anzustellen. Die Wiederwahl des Gewisses Hoffmann in den Landtag würde zwar allenthalben begrüßt werden, sie erklärt aber nicht die Mandatsübertragung des Gewisses Hoffmann.

Der Wahlkreis ist uns übrigens ganz sicher, bei Frischwahlen würden nur die Wahlmänner aus Abmannung.

und Arbeiterbewegung in Frankfurt wurde in der letzten Centralversammlung die Wirkung der neuen Gewerkschaften besprochen. Dabei wurde festgestellt, daß der Konsum um rund 80 Prozent zurückgegangen ist.

Das ist der Erfolg schon in Orten, wo unsere Organisation nicht besonders stark ist.

Arbeiterbewegung.

Gegen Baukontrollen aus dem Arbeiterhand wendet sich der Arbeiterbund für das Baugewerbe in einer Eingabe an den Reichstag. Die in der Petition angeführten Gründe gegen die Anstellung von Arbeitern zur Ausübung der Kontrolle auf Bauten sind die folgenden bekannt. Sie gipfeln darin, daß dem Arbeiter die theoretischen und praktischen Kenntnisse fehlen, daß die Unfälle im Baugewerbe relativ nicht sehr häufig sind, für Verhütung derselben die Berufsgenossenschaften aber viel tun, und daß endlich die Baukontrolle durch Arbeiter den Terrorismus der Sozialdemokratie vermehren und das ohnehin schlechte Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bis zur Untragbarkeit steigern würde.

Zur Begründung dafür, daß Arbeitern das fachwissenschaftliche Verständnis als Baukontrollen fehlt, fügt sich die Petition auf die abnehmende Haltung des Regierungsdirektors und der Reichs- und Provinzialkommissionen, und auf die im gleichen Sinne gehaltenen Ausführungen des Ministers im preussischen Abgeordnetenhaus. Erwangelte dieser Beweisführung schon die Durchschlagkraft, so weist auch der Hinweis auf die Aufwendungen der Berufsgenossenschaften für die Unfallverhütung, ebenso wie die an vierter Stelle stehende Häufigkeit der Unfälle im Baugewerbe nicht durchaus überzeugend als Argumentation gegen die Anstellung von Arbeitern als Baukontrollen. Von den Bauarbeitern und ihren Verbänden sind diese Einwände ebenso oft entkräftet worden, wie sie erhoben sind. Daß zum Beispiel die Unfallgefahr in der Lager- und im Fußweisen durch die Art der Beschäftigung bei der Holzbearbeitung mit den vielen äußerst gefährlichen Maschinen in der Mäherer-, Wärfel-, Brauerei und in Zuckerfabriken aus den gleichen Gründen, und wegen der dort vielfach noch recht mangelhaften Schutzvorrichtungen eine weit größere ist als im Baugewerbe, ist so offensichtlich und verständlich, daß es keines zahlenmäßigen Beweises bedarf. Die Gefahr des sozialdemokratischen Terrors durch Anstellung von Baukontrollen aus dem Arbeiterhande wird in der Petition also verzeichnet:

„In der Tat ist dieser Wunsch im wesentlichen eine sozialdemokratische Forderung und zwar lediglich zu dem Zwecke aufgestellt, um unter der Flagge des Arbeiterschutzes die Macht der Gewerkschaften zu vermehren und zu vertiefen. Durch die Kontrollen der bezeichneten Art würde die sozialdemokratische Agitation, die häufig genug schon heute die schwersten Mißstände zeitigt, unter dem Deckmantel der behördlichen Baukontrolle vor sich gehen, und die Arbeitgeber wären nicht in der Lage, die mit autoritativer Macht ausgestatteten Kontrollen von der Arbeitsstelle zu weisen. Die Arbeitgeber gerieten in ein unwillkürliches Abhängigkeitsverhältnis zu den Gewerkschaften ihrer Arbeiter, und der Unzufriedenheiten zwischen den beiden doch aufeinander angewiesenen Arbeitspartnern, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, wäre kein Ende.“

Die Beobachtung eines guten Einvernehmens zwischen Arbeitnehmern und Arbeitern ist sonst der Arbeiter die stärkste Seite auch nicht immer, hier in der Petition erhebt sich eine solche Aufgabe der Unternehmer, dieses gute Einvernehmen zu hüten, und nicht durch die bösen Baukontrollen stören zu lassen. Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz und die vielen örtlichen Bauarbeiterschutzkommissionen bringen alljährlich so viel zahlenmäßige Beweise für den noch recht mangelhaften Schutz auf Bauten, daß der Reichstag wohl nicht ohne weiteres wird darüber hinwegsehen und der Eingabe des Unternehmerverbandes die stärkere Beweiskraft zusprechen können.

Eine Geschichte der Bäcker- und Konditoren-Bewegung hat der Zentralverband der Bäcker durch seinen Vorsitzenden O. Ullmann herausgegeben. Das zwei Bände umfassende Werk bildet zugleich eine Jubiläumsschrift, die eigentlich dem im Juni dieses Jahres stattfindenden Verbandstage vorgelegt werden sollte; am 6. Juni 1910 besteht der Verband nämlich 25 Jahre. Doch das Werk ist mehr als eine bloße Geschichte des Verbandes, es ist im ersten Teil eine interessante kulturgeschichtliche Abhandlung über die Herstellung von Mehl und Brot von den ältesten Zeiten her bis zur Entstehung eines besonderen Bäckerhandwerkes. Weitere Kapitel schildern das Bäckerhandwerk im Mittelalter, mit seinen Zünften und vielen Zunftgebräuchen; dann die Geschichte des Handwerks in einigen Städten des Reiches, später die Verordnungen der Behörden, die Arbeiterschutzgesetzgebung für Bäcker und Konditoren, die Teilnähme im Gewerbe und die fortschreitende Entwicklung zu Großbetrieben. In der ersten Band der Entwicklung des Gewerbes gewidmet, so beschäftigt sich der zweite Band mit der Geschichte der Organisation. Nur wenige Organisationen haben wohl unter der Führung der Verhältnisse so schwierig und hemmend den Aufstieg bis zur heutigen Höhe der Entwicklung machen müssen, wie der Bäckerverband. Lange Zeit bestand bei den Bäckern ganz allgemein die Ansicht, daß die Organisation für sie schon deshalb zwecklos sei, weil die Gehilfenheit doch nur als Ubergangsstadium zur Meisterschaft zu betrachten ist. Dazu kam ein frühzeitig organisiertes Unternehmertum, das 1874 durch Gründung des Innungsverbandes „Germania“ sich einen festen, organisatorischen Rückhalt gab. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen Mühsal und mangelndes Selbstvertrauen in den Reihen der Bäcker sich so stark geltend machte, daß die Berliner auf dem Verbandstage 1895 auf eine Auflösung der Organisationen abzielten. Mangelhafte Leitung und fleißige Streitereien trugen noch ein Ubriges dazu bei, das Vertrauen auf die Entwicklung einer guten Organisation nicht zu haben. Doch es war gut, daß dem Pessimismus keine Konzeptionen gemacht wurden Gerade von dem Tage an hat der Verband eine ständige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Der Verband hat in den 25 Jahren manche schwierigen Klippen glücklich umsegelt, er repräsentiert jetzt mit seinen über 18.000 Mitgliedern eine ganz respektable Organisation. Seine Geschichte wird schon deshalb einen ehrenvollen Platz in der Gewerkschaftsliteratur einnehmen, weil sie ein wertvolles geschichtliches Dokument über die mühevollen Entwicklung und die schwierigen Kämpfe unserer deutschen Gewerkschaften bildet. Der Verband hat sich daher ein Verdienst erworben, als er den Beispiel anderer Gewerkschaften folgend, dieses Werk seinen Mitgliedern und der Öffentlichkeit vorlegte.

Schwerbestreit in New York. Am 10. Januar ist ein neuer großer Streit in der New Yorker Beschäftigtenbewegung ausgebrochen: 4000 Arbeiterinnen leugnen die Unfälle wieder. Der Streit in den folgenden Tagen noch etwa 1000 ergibt sich. Die Arbeiter verlangen Lohn-Erhöhung. — Die Arbeiter, deren in New York etwa 8000 organisiert sind, kündigen ebenfalls eine Arbeitsunterbrechung für die nächste Woche an, wenn ihre Forderung auf Lohn-Erhöhung und einige andere Verbesserungen nicht erfüllt werden sollten.

Zum Kampfe gegen den Sozialismus. Allen die amerikanischen Gewerkschaften. Die gewerkschaftliche Landbevölkerung der Vereinigten Staaten erhält eine Karte an ihre gewerkschaftlichen Mitglieder um finanzielle Unterstützung der amerikanischen Arbeiter 10 Cent (25 Pf.) im Monat Januar beitragen soll. Die Karte und einige der fortgeschrittensten Gewerkschaften haben die Karte, wenn solcher Beitrag durch aus ihren Verhältnissen zu zahlen. Die Sammlungen aber haben noch einzuhalten. Ein solcher Kampf mit den allgemeinen Sozialisten dürfte also nicht mehr aufzuheben sein.

Der sozialistische Arbeiterbund in New York hat eine neue Broschüre herausgegeben: „Die Arbeiterbewegung in New York“.

Sonntabend, den 5. Februar 1910.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. Februar.

Geschichtskalender.

5. Februar.

1704 Veröffentlichung des Preussischen Allgemeinen Landrechts.
1818 Preussische Landwehr durch Post gegründet.
1875 Bismarck erklärt die neuen preussischen Gesetze (Malgelose) für ungültig. Erlommunikation der altkatholischen Geistlichen.

Stadtverordnetenversammlung.

Feierliche Begrüßungen und wichtige Staatsreden haben der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten den Charakter einer großen Tagung. Der neue Oberpräsident von Schlesien, Herr v. Dallwitz, hatte den Wunsch geäußert, sich den Breslauer Stadtverordneten selbst vorzustellen und er wurde sofort beim Beginn der Sitzung durch den Vorsteher, Geh. Justizrat Dr. Freund, mit freundlichen Worten und den üblichen Wünschen nach einer fruchtbarsten gemeinsamen Arbeit begrüßt. Herr Freund vergaß aber auch nicht, die städtische Selbstverwaltung mit ihren Rechten und Pflichten hervorzuheben und Respekt für sie zu verlangen auch von Seiten der Staatsbehörden, die der Oberpräsident vertritt. Herr v. Dallwitz dankte für die Begrüßung, betonte sich als ein Kind Schlesiens, das jedoch durch lange Abwesenheit von Zusammenarbeiten an. Als Dritter im Bunde ergriff nun auch der Oberbürgermeister das Wort, um zu erläutern, wie die tief ineinandergreifenden Arbeitsgebiete von Stadt und Land, Stadt und Staat viel Reibungsflächen bieten, die aber bei uns dennoch das gute Einvernehmen zwischen den städtischen und staatlichen Behörden nicht getrübt haben. Demnach scheint Herr Benber die Kreisbehörden zu den „staatlichen“ nicht zu rechnen. Worüber die Städte zu klagen haben, fuhr er fort, das sei nicht die staatliche Verwaltung, sondern die staatliche Gesetzgebung, die den Städten nicht günstig gestimmt ist, wie er ohne Scheu feststellen müsse. Die offene Anklage gegen das Dreiklassenparlament in diesem Augenblicke gereicht dem obersten Beamten der Stadt durchaus zur Ehre, wir wünschten, alle Kommunaloberhäupter vereinigten ihre Stimmen etwas lauter zur Vertretung der städtischen Interessen gegen den Junkerlandtag. Herr v. Dallwitz antwortete noch mit ein paar konventionellen Sätzen, dann nahm er neben dem Oberbürgermeister vor den Stadtverordneten Platz, um einem Teil der Sitzung beizumohnen, zuerst dem warmen Nachruf, den der Vorsteher dem verstorbenen Baurat Blüdemann widmete, der 25 Jahre lang das Stadtbild mit seinen Bauwerken beeinflusste, dann der Staatsberatung.

In seiner gewohnten frischen, offenen und übersichtlichen Weise gab nunmehr Herr Kammerer Matthes den Bericht über den Stand der Gemeindefragen in Breslau, der zum dritten Male schon ein überwiegend trübes Bild zeigt. — Der Spiegel unseres ganzen unglückseligen Wirtschaftslebens und unserer finanziellen Misere in Staat und Reich. Wieder dieselbe Schilderung der Beengung und Bedrängung der rein städtischen Aufgaben durch die Maßnahmen, die von außerhalb her unseren Haushalt unangenehm beeinflussen und von denen die Abschaffung der Schlachtsteuer den einzigen erfreulichen Akt bildet. Mit ihrer Wirkung begann der Kammerer seinen Vortrag, um dann eine Gegenüberstellung der städtischen Einnahmen und Ausgaben in den Jahren 1900 und 1910 zu geben — gewiß eine kurze Zeitspanne im Leben

einer Kommune und doch ein Jahrzehnt der Umwälzung und des Wachstums für Breslau, wie es einschneidender nicht gedacht werden kann. Das Wachstum der Zahlen und das trübe Wirtschaftsbild der Gegenwart pressen auch dem Kammerer wieder den Ruf nach Beschränkung, nach Sparsamkeit ab, in den der Staatsreferent später mit voller Kraft einstimmt. Das waren wohl die einzigen Stellen, bei denen die konservative Rechte sich durch zustimmendes Gemurmel bemerkbar machte, während sie die Rebedpartien des Kammerers, die sich gegen Beschränkung und allzu engherzige Standesinteressenwahrnehmung richteten, mit Wurren quittierte. Am Ende aber bereinigte sich alles zu einem dankbaren Beifall, dem der Vorsteher Worte verlieh, indem er ihn auf den ganzen Stamm der städtischen Arbeiter ausdehnte.

Dann erschien am Stattpulte, an dem elf Jahre Herr Oettinger seines Amtes gewaltet, zum ersten Male Stadtverordneter Mettler, um über den Haushalt des neuen Jahres zu referieren. Mit Meisterschaft hatte er sich in die umfangreiche Materie des großstädtischen Kommunallebens hineingearbeitet und doch lähnte die Not der Zeit auch seine sozialpolitischen Schwünge. So begnügte er sich in vielen Teilen seines weitverzweigten Vortragsgebietes mit einer bloßen Schilderung und Erläuterung des kommunalen Tätigkeitsfeldes, ohne sich überall kritisch oder anregend und anspornend zu betätigen. Ist es ihm mit überraschender Fertigkeit gelungen, sich in die technische Beherrschung des Stoffes gleich seinem Vorgänger einzuarbeiten, so folgte er ihm auch oft in seiner individuellen Auffassung des kommunalen Pflichtkreises. Er sprach also, alles in allem, weniger als Dr. Reiser, denn als offizieller Referent und Vertreter der Versammlungsmehrheit.

Bald nach Beendigung der beiden großen Reden, die wir an anderer Stelle noch veröffentlichen, verabschiedete sich der Oberpräsident und die Versammlung erlebte noch einige kleinere Vorklagen. Die Fortführung der Staatsbahn wurde vertagt, wie wir hören, war der konservative Staatsredner noch nicht bestimmt, und schließlich wäre Herr v. Dallwitz in die Lage gekommen, nur einen sozialdemokratischen anzuhören. Dazu kam's „zum Glück“ nicht, der Sozialdemokrat wird erst in der nächsten Sitzung sprechen.

Bericht über die Gemeinde-Angelegenheiten.

Kammerer Matthes: Im nächsten Rechnungsjahre hört die Sonderstellung auf, die Breslau bisher mit wenigen andern Städten eingenommen hat. Der Übergang von der Schachtsteuer ist uns nicht leicht geworden. Wir haben wohl mancherlei Vorzüge getroffen; und wenn die Vorlagen, die Ihnen der Magistrat gebracht hat, nur ein klein wenig freundlichere Aufnahme finden als im Ausschuss, dann wird es möglich sein, die nötigen Steuern aufzubringen. Das trotzdem eine Erhöhung der direkten Steuern kommt, ist das wenig erfreuliche, doch Sie werden sich überzeugen, daß der Etat für 1910 mit der größten Sparsamkeit aufgestellt ist. Dennoch ist der Bedarf um eine Million Mark höher, so daß wir auch sonst, wenn alles beim alten geblieben wäre, die direkten Steuern erhöhen müssen. Das ist die Folge davon, daß die Ausgaben auf den verschiedensten Gebieten angewachsen sind. Um das zu zeigen, will ich einmal den Etat für das Jahr 1900 dem jetzigen gegenüberstellen. Damals betrug die gesamten Ausgaben 18 1/2 Millionen Mark, 1910 erreichen sie 34 Millionen Mark; sie sind also in zehn Jahren um 16 1/2 Millionen Mark gewachsen. Das ist gewiß zum Teil auf das Sinken des Geldwertes zurückzuführen; zum Teil aber auch auf Einrichtungen und Anlagen, die wir inzwischen geschaffen haben. Ganz besonders sind es die Ausgaben, die uns das Reich, der Staat und die Provinz auferlegten, die mit zur erheblichen Steigerung des gesamten Bedarfs beigetragen haben. Auch die Zunahme der Bevölkerung und die Erweiterung des Stadtgebietes hat auf die Ausgaben erheblich eingewirkt; dazu kommen die großen Ausgaben auf andern Gebieten, beim Fortbildungsschulwesen, für die Markthallen, die Feuerwehrr, die Kaiserbrücke usw. Aber allen diesen Ausgaben steht auch eine Steigerung der Einnahme und der

Steuereinnahme gegenüber. Die Einnahmen liegen von 10 Millionen Mark im Jahre 1900 auf fast 18 Millionen Mark im Jahre 1910, haben sich also um 7 1/2 Millionen Mark vermehrt. Es wäre möglich, mit den 1900 erhobenen 122 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer auszukommen, wenn wir nicht 4 1/2 Millionen Mark mehr Ausgaben von außen aufgezogen bekämen. Dazu treten die Kosten der Salonsteuer mit 87.000 Mark und 10.000 Mark für Glühkörper, die wir bei der Straßenbeleuchtung brauchen. Der sonst schon kargliche staatliche Zuschlag zum Volksschulwesen ist noch um 28.000 Mark gekürzt worden. Vor allem sind es die erhöhten Handelssteuern und die Steuergesetzgebung des Reiches, die uns zu höheren Ausgaben zwingen. Die Erhöhung aller Lebensmittelpreise führte zu den Gehaltssteigerungen der Beamten und Lehrer und zur Aufbesserung der Arbeiterlöhne. Dazu kommen noch 3/4 Millionen Mark für die Beköstigung in Krankenhäusern usw., die ebenfalls teuer geworden ist. Der Gesetzgebung im Reich und im Staate verdanken wir es also, daß wir heute 170 Prozent statt 122 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer haben.

Der Redner geht nun zur Besprechung der einzelnen Etats über. Der Zuschlag bei der Armenverwaltung hat sich in der Zeit von 1900 bis jetzt verdoppelt. Das Unterrichts- und Bildungswesen kostete uns 1900 4 1/2 Millionen Mark, 1910: 8.300.000 Mark. Die Zahl der Schüler in den höheren Lehranstalten ist in den letzten zehn Jahren von 7000 auf 10.000 gestiegen, die der Volksschüler von 48.000 auf 63.000. Dann kommt die höhere Ausgabe für das Fortbildungsschulwesen. In den nächsten Jahren werden wir uns einschränken müssen und dürfen nur die notwendigsten Schulbauarbeiten vornehmen. Bald werden Sie sich aber damit zu beschäftigen haben, daß die Handwerkerlehre ihrem Charakter entsprechend ausgebaut wird. Die Sicherheits- und Gesundheitspflege erfordert 1900 2.300.000 Mark, jetzt 3.500.000 Mark. Hier zeigt sich am meisten, welche Mehrkosten uns durch die Erweiterung des Stadtgebietes erwachsen. Die Feuerwehrr allein verlangt mehr an Zuschlag 97.000 Mark. Die Bauverwaltung hat sich dagegen sehr eingeschränkt. Die Anleiheverschuldung hat sich in zehn Jahren von 46 Millionen Mark auf 113 Millionen Mark erhöht; davon wurden 86 Millionen Mark für gewerbliche Zwecke verwendet, 56 Millionen Mark für die Kammerverwaltung. Am Anfang des letzten Jahrzehnts waren unsere Güter (das Sorgenkind der Verwaltung. Erst nach Umfesterung größerer Summen und Einschränkung der Selbstverwaltung ist es gelungen, sie ertragreich zu gestalten. Von den Betriebsverwaltungen zeigen Gasen und Straßenbahn eine recht erfreuliche Entwicklung; der Zuschlag, der beim Gasen 1903 340.000 Mark betrug, stellt sich jetzt auf 161.000 Mark. Schlacht- und Viehof lassen eine um 67.000 Mark höhere Einnahme erwarten. Der Betrieb in der Markthalle 1 ist im allgemeinen zufriedenstellend; in der Markthalle 2 auf der Gartenstraße läßt er aber noch viel zu wünschen übrig. Trotzdem dürfte das Marktwesen einen Ueberschuß ergeben. Die Abgabe von Elektrizität ist heute noch auf dem Stande des Vorjahres. Es ist uns aber gelungen, in einige nahe Dörfer die Elektrizität zu bringen; Verräge darüber werden Ihnen demnächst zugehen. Die besseren Beleuchtungskörper haben gezeigt, daß sie beim Gas zu einem geringeren Verbrauch führen können. Das wird aber wieder weit gemacht bei der Einnahme durch den Verkauf von Nebenprodukten der Gasanlagen. Am günstigsten ist das Ergebnis bei den Wasserwerken; die Produktion ist in 10 Jahren von 12 auf 16 Millionen Kubikmeter gewachsen, der Ueberschuß aber von 348.000 Mark auf 125.000 Mark gefallen, weil wir an dem alten Tage von 15 Pfennig für das Kubikmeter trotz aller höheren Ausgaben festhalten. Ueber die Wiedereinführung von Grundwasser kann ich Ihnen zu meinem Bedauern ein abschließendes Resultat nicht mitteilen; schließlich, im Herbst dieses Jahres dürfte auf die Entscheidung zu rechnen sein. Die Reduktion beim Elektrizitätswert hat sich fast verdoppelt, weshalb auch der Ueberschuß bedeutend gestiegen ist. Aber auch hier zeigt sich eine Mindereinnahme für die Kraft, die für Beleuchtungszwecke geliefert wird.

Wenn ich zu den indirekten Steuern komme, so kamen bisher auf den Kopf der Bevölkerung 6 Mark. Wenn die Schlachtsteuer befreit ist, sinkt dieser Betrag auf 3,2 Mark. Die Stadt wird dafür zu sorgen haben, daß diese Differenz in die Hände der Einwohner gelangt. (Sehr richtig!) Umlage- und Vermögenssteuer lassen im ganzen eine Einnahme von 900.000 Mark, also 100.000 Mark erwarten. Die direkten Steuern haben sich in zehn Jahren von 21 auf 32 Mark pro Kopf erhöht. Es ist im ganzen für das Jahr 1909 auf einen Ueberschuß von 5 bis 600.000 Mark zu rechnen. Das nächste Jahr steht 7 1/2 Millionen Mark aus Anleihen für verschiedene Ausgaben (Kanalisation, Kaiserbrücke, Betriebswerke usw. vor.

Die Etatsfestsetzung war diesmal wegen der Veränderungen recht schwierig. Wenn es trotzdem gelungen ist, den Etat recht

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Björnson hoffnungslos! In Christiania ging ein Telegramm vom norwegischen Gesandten in Paris an das norwegische Ministerium des Auswärtigen ein, wonach der Zustand Björn Björnson's hoffnungslos ist. Privatmeldungen aus Paris besagen, daß die Kräfte schwinden und daß die Blutergüsse des Gehirns allmählich gerissen werden. Björnson's Söhne, die in Paris angekommen sind, berichten, daß es sie schmerzlich berührt habe, zu sehen, welchen starken Eindruck ihr abermächtig Erscheinen am Krankenlager auf Björnson gemacht habe; sie hätten ihm erzählt, daß sie gekommen seien, um die Ueberbestattung zu sehen, er habe aber den Grund ihres Kommens wohl verstanden und ihnen wohlwütig angelächelt. Björnson scheint sich, nach den hier einlaufenden Privattelegrammen, mit dem Todesgedanken vertragen gemacht zu haben. Sein alter Lebensmut ist jetzt gebrochen. Trauernd wartet man im Heimlande des Meisters auf die Todesbotschaft.

Ein Telegramm aus Christiania berichtet: Der Pariser Korrespondent des „Verdens Gang“ meldete gestern Abend, daß sich bei Björnson seit 4 Uhr eine rasche Kräfteabnahme bemerkbar machte. Die Ärzte hatten die Katastrophe für unmittelbar bevorstehend.

Grund einer antiken Metropole. Dem „Berl. Tagblatt“ zufolge, ist auf einem Ackerlande bei Opviano (Verona) eine ausgedehnte teils prä-dionische, teils römische Metropole entdeckt worden. Es wurden bisher etwa 15 Gräber freigelegt, in denen man außer hochherhaltenen Steintafeln allerlei Geräte von großem kulturhistorischem Wert fand. So u. a. einen hochinteressanten Bronzering mit Handgriff, Glasampyoren, Waffen, Messer, Dylgergeräte, Leuchter mit lateinischen Inschriften, wie „fortis et cretensis“ usw. Das schönste Stück ist eine wunderbar giselierte „Araula“ (Schmalle), wie eine solche bisher nur im Museum von Florenz vorhanden ist. Der älteste Teil dieser Metropole wird von den Archäologen in das fünfte Jahrtausend vor Christus zurückverlegt.

Aus aller Welt.

Ein neues Erdbeben in Nordamerika. Schlep auf Schlep folgen sich jetzt große Erdbebenkatastrophen in Nordamerika. Nach den jüngsten Nachrichten in Colorado und Centralifornien

heute die Nachricht von einer Grubenexplosion in Mexiko, an der Grenze zwischen Texas und Mexiko. Telegraphisch wird darüber berichtet: In Las Esperanzas (Mexiko) ereignete sich eine Grubenexplosion, durch die 56 Personen getötet und 50 verletzt wurden. — Nach den letzten Nachrichten sind bei der Explosion 63 Arbeiter, meist Mexikaner und Japaner, ums Leben gekommen. Die Explosion wird darauf zurückgeführt, daß ein Bergmann trotz des Verbotes in der Grube eine Zigarette rauchte. Las Esperanzas ist ein kleiner Ort in der Provinz Coahuila, die zahlreiche Eisen- und Silberbergwerke besitzt.

Die Rettungsdaktion in Paris. Das „B. L.“ schreibt: Die Mitteilungen der Zeitungen über das Hochwasser werden allmählich durch Nachrichten über die Hilfsorganisation und die nach Paris strömenden Unterstufungen abgelöst. Auch das ist eine Ueberbestimmung, aber mit angenehmeren Folgen als die Ueberbestimmung der Seine. Vom Ausland sind bisher 2 1/2 Millionen Francs eingetroffen, darunter 1 1/2 Millionen von England und den Vereinigten Staaten. Der Anteil der Schweiz an diesen Gaben beträgt 266 500 Francs. Der nobelste Fürst war der König von Italien, der 50.000 Francs gab, während der Kaiser von Deutschland 20 000 Ml. spendete. Alles das ist sehr schön, und von einer direkten Not kann denn auch wohl nicht die Rede sein, aber um den Zusammenspruch Tausender von Familien wirklich zu verhindern, ist noch weit mehr Geld nötig. Auf 50 Millionen berechnen einige Zeitungen die Summe, die gebraucht wird, um die vernichteten Häuser wieder aufzubauen, die kleinen vollkommen ruinieren Geschäftsleute wieder zu installieren, die obdachlosen Familien unterzubringen. Es wird in jedem Falle alles mögliche getan, um wirklich zu helfen; und es ist zu loben, daß bei diesem Rettungswerk nicht allzu bürokratisch vorgegangen wird. Die vorläufig noch vorhandenen Unannehmlichkeiten trägt der Bürger mit Geduld: Im Postbureau arbeiten die Beamten bei Regenzustand. Die Treppenhäuser sind gleichfalls mit Regen erfüllt. Die Gasotoren versagen. Die Fahrschiffe geben nicht. Die Telephone sind unbenutzbar — aber man schickt sich ins Unvermeidliche und wartet bessere Zeiten ab.

Schiffs-Kollision auf der Unterelbe. Der „Wittemoos“ Nachrichten am fünf Uhr von Hamburg mit einer Ladung nach Schweden ansiehende Dampfer „Annie“ kollidierte Abends gegen 8 Uhr in der Höhe von Oldesloot bei dem Orte Wilsenberg mit dem von Chile

eingehenden Biermoostschiff „Sufanna“. Dem Dampfer „Annie“ wurde mittschiffs die ganze Seite aufgerissen. Er sank innerhalb zwei Minuten. Sieben Mann der Besatzung konnten gerettet werden. Sie brachten sich dadurch in Sicherheit, daß sie auf die „Sufanna“ übersprangen. Sechs Mann, der Maschinist, der Steuermann, ein Heizer und drei Matrosen, ertranken. Obgleich das Unglück vom Ufer aus gesehen wurde, konnte niemand dem untergehenden Dampfer Hilfe bringen, da es an den nötigen Fahrzeugen fehlte.

Der aerstreute Edison. Aus New York wird geschrieben: Von dem Zauberer von Menlo Park, Thomas A. Edison, wird ein hübscher Geschichtchen erzählt, das auf die große Persönlichkeit (richtiger vielleicht allgrobe Gedankentätigkeit) des Erfinders ein bezeichnendes Licht wirft. Es war vor ein paar Tagen. Edison sollte dem Jahresbankett der Vertreter der Geschäftsleute betreten, die seine Patente verwerten. Die Geschäftsteilhaber des Erfinders, die seine Persönlichkeit kannten, prägen ihm ein, daß er um fünf Uhr des Nachmittags im Grand und raftest sich bereit halten solle. Dr. Dyer, sein Vertreter, würde dann mit dem Automobil bei ihm vorbeigehen und ihn nach New York fahren. Um fünf Uhr fuhr Dr. Dyer vor der Villa im Menlo Park vor und entdeckte, daß Edison seine Versprechen vollständig vergessen hatte. Er war in seinem Rodellraum eifrig am Werke, in schmutzige Arbeitstücke gehüllt. Er bat um Hilfe. Dr. Dyer raffte sich abends zusammen, warf sie in den Wagen und den Erfinder hinterher. Während der Autofahrt nach New York wurde Thomas Edison von seinem Manager dann so gut wie tagesherausgeholt.

Etwas Ähnliches passierte auch bei dem vorigen Jahresbankett. Edison erschien nicht, und als man bei ihm zu Hause nachsah, stellte es sich heraus, daß er sich seit 24 Stunden nicht hatte sehen lassen. Sofort wurde das ganze Laboratorium abgeräumt. In einem verlassenen Raum im Keller wurde Edison schließlich entdeckt; dort hatte er seit 24 Stunden ununterbrochen gearbeitet. Als man ihm erzählte, daß die Gäste auf ihn warteten, wusch sich Edison einfach Gesicht und Hände und betrat im Arbeitsanzug das Speisezimmer. Er begrüßte kurz die Versammlung, lehnte sich bequem in den Sessel zurück und fiel bald in tiefen Schlaf. So hat er es während des ganzen Banketts und ließ sich auch nicht durch den Lärm der um ihn herumbrachte wurde, wecken.

Beamt. Als wir im Magistrat die Steuerunterlagen bereiteten, rief mir ein unbedeutendes Mitglied zu: Was verheeren Sie eigentlich nicht? Sie sind besessener, als solche Grundbesitzer mit nicht fern liegen. Es ist nicht erfreulich, die Steuerbescheide immer wieder anzugehen. Sehr oft frage ich mich, wie bei den teuren Zeiten gerade die Kinderbemittelten immer wieder die Steuern ausbringen sollen. Nach dem Ueberblick, den ich Ihnen über die Ausgaben des letzten Jahres gegeben habe, kann ich nur sagen, daß das gleiche Tempo in den Ausgaben nicht andauern kann. Wir dürfen nur solche Ausgaben machen, die dem dringenden Bedürfnissen entsprechen. (Bravo! bei den Konservativen.) Ja, das ist viel leichter gesagt, als getan. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten und Liberalen.) Wir brauchen deshalb irgend welchen Bestimmismus nicht haben. Ist es uns in dem zu Ende gehenden Jahresbericht manchmal unter sehr bedeutenden Opfern gelungen, die Entwicklung der Stadt ein recht gutes Bild vorwärts zu bringen, so hoffe ich und bin überzeugt davon, daß das bei gemeinsamer Arbeit der städtischen Behörden auch in der Zukunft gelingen wird. Dazu fehlt es ja nicht an Anzeichen, die eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse erhoffen lassen. Das läßt mich weiter hoffen, daß der Magistrat in nicht allzu ferner Zeit Ihnen einen Etat vorlegen wird, der mehr unsern eignen Wünschen entspricht. (Bravo!)

Stadtr. Reisser bedauert zunächst, daß der bisherige bewährte Etatreferent, Stadtr. Dettinger, diesmal das Referat abgelehnt habe, da dessen Sachkunde kaum zu erliegen sei. Er hoffe, daß Herr Dettinger wenigstens im nächsten Jahre wieder „als verlornener Sohn“ an diesen wichtigen Posten zurückkehre. Sein Referat eingehend, bemerkt Herr Reisser sodann, daß die Verhältnisse der Stadt wegen des Ausfalls von Einnahmequellen ständig geworden sei, nicht nur wegen des Ausfalls der Schlachttsteuer. Noch größere Bedenken müßte erregen, daß das Wachstum der Ausgaben nicht mehr gleichen Schritt halte mit den Einnahmen und über das hinausginge, was man als „natürliche“ Ausgaben bezeichnen könne. Das Einkommensteuerverhältnis sei in den letzten Jahren ständig gesunken und betrage bereits 95000 Mk. Vielleicht könne man bei der Umsatsteuer noch etwas für die Stadt mehr heraus schlagen, obwohl sie eine regelmäßige Steigerung nicht aufzuweisen habe. Aber mit 50-100000 Mk. jährlicher Mehreinnahme könne man schon rechnen. Ungefähr 1/2 Millionen würde das natürliche jährliche Wachstum der Einnahme sein. Darüber hinaus dürfe man auch die Ausgaben nicht treiben. Bisher war die Stadt nie in der Lage ausgeglichen, da ihre ungeheure Ausgaben durch die staatliche Gesetzgebung aufgezogen worden seien. In Zukunft müßte man aber in erster Linie die regelmäßigen Ausgaben den regelmäßigen Einnahmen mehr anpassen. Allen Versuchen, darüber hinaus zu gehen, solle der Magistrat widerstehen und nur rufen ihm zu: „Führe uns nicht in Verwirrung“.

Redner wendet sich jetzt an Einzelheiten des Etats zu und verweist zunächst auf die Mehraufschüsse von 1800000 Mk., die für 1910 sich nötig machten. In dieser Summe ist das meiste uns aufgedrängt worden, und namentlich die Reichsfinanzreform betreffe den Etat ganz bedeutend. Erfordere doch allein die Latonsteuer von uns 88000 Mk., die Steuer auf Glühkörper 10000 Mk., über 20000 Mk. verliere die Stadt außerdem an bisherigen Zuschüssen zur Lehrerbeförderung uhm. Wenn man das alles abzieht, dann näherte man sich ungefähr dem Verlage, den die Stadt pro Jahr ausgeben dürfte, das seien dann „natürliche“ Ausgaben. Gewiß sei der Etat sorgsam und sparsam aufgestellt, aber offensichtlich liegt der Magistrat 1910 dem Drängen der Deputationen mehr Widerstand entgegen als 1909.

Von den Einzelheiten, die der Referent nun durchgeht, haben wir folgende aus seinen erläuternden Ausführungen hervorzuheben: Daß der Rämmerer den Etat des Krankenhauses allerhöchstenfalls mit dem von Benzell-Dante verbunden habe, sei nicht sehr glücklich, da beide zu verschieden seien. Auf Taschenbuchformat würde der Etat ja doch nicht zu bringen sein. Der Etat für Wohlfahrtspflege, der 200000 Mk. mehr erfordere, weise auch eine unerschöpfliche Einnahmequelle (Hst.) auf: Die Summe, die aus Wälderverkäufungen erzielt sei, sei von 7000 auf 13000 Mk. gestiegen. Das sei kein gutes Zeichen der Zeit! — Die Milchhöfen entwickelten sich glänzend und wirken zum Nutzen der Stadt. — Beim Etat des Schulwesens bedauert der Referent den Plan, bei der kaum fortbildungsfähigen künftigen von den Arbeitgebern ein Schulgeld zu erheben. Das verträge sich nicht mit der Tatsache, daß der Schulbesuch obligatorisch sei. Führe man das Schulgeld ein, würde sicher eine Konfusion entstehen. Dagegen könne man gegen die Erhöhung des Schulgeldes bei der Handwerker-Schule nichts haben, da uns dort schon heute jeder Volksschüler auf nicht weniger denn 887 Mk. zu stehen komme.

Beim Etat der Gesundheitspflege bezieht Redner die geplante Erhöhung der Kanalgebühren. Nach den letzten Ausschüßberatungen sei ja zu hoffen, daß zwischen den Änderungen dieser Gebühren und den „Kanalar-Beheben“ (große Heiterkeit) eine Einigung erzielt werden würde. Die Heiterkeit zeigt sich noch eine Weile fort, da jeder bei dem Ausdruck „Kanalar-Beheben“ auf den noch anstehenden Ober-Brändentzen von Döllroy blickte, der ja auch ein „Kanalar-Behebe“ war, d. h. einer derjenigen preussischen Landräte, die seinerzeit im Landtage gegen die Kanal-Vorlage der Regierung kämpften, dann gemahnt und in der Höhe launert wurden. Schließlich bemerkte er a. D. selber und betonte den unerschöpflichen Egoismus, der nur ein Wortspiel war, mit dem neben ihm stehenden Oberbürgermeister. Beim Etat des städt. Grundbesitzes leuchte als ein Stichpunkt die Tatsache hervor, daß uns Niemand einen Mehr-Umvertrieb von 20 Mark erbringe. (Hst.) Der Umsatz an Grundstücken sei erfreulich gestiegen. Deshalb sei es allzu vorichtig gemeint, anstatt 1 Million wie bisher nur 750 000 Mk. Umsatzsteuer einzustellen. Bei der Vermögenssteuer ließe sich wohl auch noch ein Mehr erzielen. Unter Anleihen-Etat sei nicht allzu unglücklich, denn die Hälfte aller Anleihen seien in der Erb- und Vermögenssteuer angelegt. Darin seien wir Berlin überlegen, das nur 41% Köln, das nur 31% und Frankfurt a. M. aufzuweisen hätte. — Beim Etat der allgemeinen Verwaltung weist Redner das Wort des früheren Eisenbahnpräsidenten Lemoine, das sich gegen das Journal am Papier, Linde, Siegelack, überhaup an bureaukratischen Ueberflüssigkeiten richtete. Man solle es ein in Berlin machen wie in Leipzig. Dort habe der Rat allen Angehörigen die Frage vor gelegt, wie man dem Journal am Papier und Siegelack sparen könne. — Die Spenden der Stadt an Vereine hätten noch zugenommen, obwohl der Rämmerer voriges Jahr verprochen hätte, „durchbare Mäßigkeit“ zu halten. Über das Besondere man nicht zu ändern. — Der Etat der Betriebswerke sei nicht richtig. Selbst die Ueberflüssigkeiten seien noch viel zu niedrig, besonders beim Wasserwerk. Jedenfalls werde man auch noch die Konzeptionssteuer abgeben, das bedeuere einen Ausfall aller zusammen von 470 000 Mk., wofür da das Beispiel 200000 Mk. betrage, die Einkommensteuer um weitere 5% erhöht werden müsse. Die Bürger würden darüber nicht erfreut sein, aber man könne seine Position gegen auf der wirtschaftlichen Auffassung, der wieder eintraten werde. Auf allen Seiten des Hauses sei bisher das Bestreben zu verzeichnen gewesen, an dem Wohle der Stadt mitzuarbeiten und von allen Seiten ist eifrig gearbeitet worden, das Wohl der Stadt zu fördern. — Ich beantrage, den Etat mit keinem Votum dem Magistrat VIII zu übergeben. (Bravo.)

Robben der Oberbürgermeister hat antragt, dass die Besetzung der Besatzung der Besatzung über den Etat ist zu ändern. Die Besetzung kann den Besatzung zu. Das Besetzung kann den Besatzung zu. Das Besetzung kann den Besatzung zu.

1. April 1910 in halbjährlichen Zeitabständen ein jährliches Schulgeld nach folgenden Grundsätzen erhoben werden: 1. Für schulpflichtige Schüler 20 Mk. 2. Für den freiwilligen Besuch schulpflichtiger Schüler in den Klassen für fremdsprachlichen Unterricht oder Stenographie außer dem 10 Mk. 3. Für die Teilnahme nicht schulpflichtiger junger Leute a) am Unterricht in den Klassen der schulpflichtigen Schüler 20 Mk., b) am fremdsprachlichen Unterricht 20 Mk., c) am Unterrichte in Stenographie 20 Mk. 4. Das Schulgeld darf aufsummen 80 Mk. für einen Schüler nicht übersteigen. 5. Zahlungspflichtig für das Schulgeld zu 1 soll der Arbeitgeber, für das Schulgeld zu 2 und 3 der Schüler selbst sein. 6. Freischule soll bis zu 10 Prozent des gesamten Schulgeldbetrags in allen Klassen erwährt werden. — Der Referent der Vorlage, Stadtrat Scholz II, beantragt Verweisung der Angelegenheit an den Ausschuss VIII.

Stadtr. Reisser bittet um Ueberweisung der Vorlage an den Schulausschuss. Für eine erneute Behandlung der Sache sprachen mehrere finanzielle, wie prinzipielle Bedenken. Die Verweisung von Schulgeld muß mit allen Mitteln angestrebt werden, selbst wenn man den Steuerzuschlag um 1/2 Prozent erhöhen müßte. — Stadtrat Haber sprach sich für die Vorlage aus, ist aber ebenfalls für Ausschubberatung. Stadtr. Reisser (lib.) macht darauf aufmerksam, daß bei einem Schulgeld von 10 Mk. für Stenographieunterricht, dieses Fach wohl in Begleit kommen wird, da die Stenographievereine den Unterricht erheblich billiger erteilen. Nachdem noch die Stadtr. Reisser und Wagner sich kurz zur Sache geäußert, wurde die Vorlage an den Ausschuss VIII verwiesen.

Ein Trinitatisantrag betrifft die Lieferung von elektrischem Strom aus den städtischen Werken an die (Maschinen-)fabriken vormals Gebr. Gutschmann und Breslauer Metallgießerei Akt.-Ges.). Während einige Stadtr. Reisser sofortige Annahme der Vorlage empfahlen, forderte die Mehrheit Ausschubberatung. Stadtr. Reisser II spricht die Ansicht aus, daß die vereinbarten Sätze viel zu gering seien. Die Vorlage wurde an den Ausschuss II verwiesen.

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurden ohne Debatte noch folgende Vorlagen erledigt: Die Aufhebung der Bild- und Geflügelsteuer wird endgültig beschlossen.

Die Grundstücke Sellhornstraße 49 und 51 sollen zum Preise von 135 000 Mk. nebst 3700 Mk. Umbaufosten und den ihrer Höhe nach noch nicht feststehenden Stempel-, Vertrags- und Ankaufskosten von den Stiephanischen Erben für die Stadtgemeinde Breslau käuflich erworben oder für den notwendig gewordenen Umbau der Häuser und als Ersatz für den Minderertrag an Mieten die geordnete Entschädigungssumme von 35 000 Mk. an die Grundstückseigentümer gezahlt werden. Die Verammlung beschließt Ueberweisung an den Ausschuss IV.

Die dritte Klasse der Luisenschule und die vierte Klasse der Margaretenschule sollen von Ostern 1910 ab geteilt werden. Deshalb sind in den Haushaltsplan der beiden Schulen zur Begründung von je einer wissenschaftlichen Lehrerstelle 4540 Mk. zur Umwandlung einer wissenschaftlichen Hilfslehrerstelle in eine ordentliche bei der Katharinschule 2270 Mk. eingestellt worden. Die Verammlung genehmigt die Vorlage.

Vom 1. April 1910 ab soll an der Augustaschule mit Beginn einer neuen Oberlehrerstelle und einer neuen technischen Lehrerstelle begründet, an der Viktoriaschule mit Studienanstalt eine wissenschaftliche Hilfslehrerstelle in eine ordentliche umgewandelt werden. Deshalb sind in den betreffenden Etat 4800 Mk. bzw. 2270 Mk. und 2370 Mk. eingestellt worden. Die Verammlung stimmt dem Antrage zu.

Die evangelische und die katholische Knabenmittelschule 2 sind zu Ostern 1910 um je zwei Klassen erweitert und die hierdurch entstehenden Kosten in den Haushaltsplan der Knabenmittelschulen für 1910 eingestellt worden. Auch hier genehmigte die Verammlung debattelos die Vorlage. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Kommunale Sozialpolitik?

Ueber den Ruhestand und die Hinterbliebenen-Versorgung der städtischen Angestellten und Arbeiter hat der Magistrat der Stadt Kiel Bestimmungen ausgearbeitet, die den städtischen Kollegien bei der bevorstehenden Etatberatung unterbreitet werden sollen. Bei diesen Bestimmungen ist die Voraussetzung für die Gewährung von Ruhestand und Hinterbliebenen-Versorgung volle Erwerbsfähigkeit beim Eintritt in den Dienst der Stadt, eine zehnjährige, nach vollendetem 20. Lebensjahre zurückgelegte, ununterbrochene Dienstzeit bei der Stadt Kiel, welche die volle Erwerbsfähigkeit des zu Verordnenden in Anspruch genommen hat, und die Vollendung des 35. Lebensjahres. In besonderen Ausnahmefällen und besonders dann, wenn der Tod infolge von Krankheit, Unfall uhm., die bei Ausübung des Dienstes oder aus Veranlassung desselben entstanden sind, können Ruhestand und Hinterbliebenen-Versorgung nach kürzerer als zehnjähriger Dienstzeit und vor Vollendung des 35. Lebensjahres gewährt werden.

Der Ruhestand soll betragen nach vollendetem 10., jedoch vor vollendetem 11. Dienstjahre ein Drittel des letzten jährlichen Dienstverdienstes. Er steigt mit jedem weiteren zurückgelegten Dienstjahre bis zum vollendeten 30. um ein Sechstel, und von da ab um ein Hundertstämigstel. Als Dienstverdienst gilt die Jahresdienstvergütung oder das 310fache des regelmäßigen Logelohns. Der Ruhestand soll jedoch mindestens 300 Mark betragen. Das Grundgeld soll aus dem Bezüge der Dienstvergütung für einen halben Monat oder zwei Wochen bestehen. Das Witwen- und Waisengeld soll betragen für die Witwe 40 Prozent des Ruhestandes, das der Schwamm für die Zeit seines Todes bezogen hat oder bezogen haben würde, mindestens aber 180 Mark; für jede Halbwaife bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres ein Fünftel, für jede Vollwaife ein Drittel des Witwengeldes. Wenn und soweit die Witwe ihren Lebensunterhalt nicht selbst erwirbt, kann das Waisengeld bis zum vollendeten 15. Lebensjahre gewährt werden. Witwen- und Waisengeld dürfen weder einzeln noch zusammen den Betrag des Ruhestandes übersteigen, den der Verstorbenen bezog oder bezogen haben würde, wenn er am Todesstage in den Ruhestand versetzt worden wäre. Ueber die Jubiläumsgelder siehe die Ausarbeitung des Ruhestandes soll in jedem einzelnen Falle der Magistrat entscheiden. Die Bestimmungen treten am 1. April 1910 in Kraft.

Nach dem Streit um die Aushebung der städtischen Arbeiter in Kiel waren bekanntlich alle städtischen Arbeiter, die wieder angestellt wurden, als neuangestellte behandelt worden. Der Magistrat will jetzt beim Etat folgenden Antrag einbringen: Die städtischen Arbeiter, die bis zum 1. September 1909 an Wiederangestellung in den städtischen Dienst nachgelassen haben und bis zum 31. März 1911 wieder eingestellt worden sind, sollen mit Wirkung vom 1. April 1910 in die früheren Rechte wieder eingestellt werden. — Derartige sozialpolitische Anträge sind schon mehrmals von den sozialdemokratischen Stadtr. Reisser gestellt worden. Sie wurden aber von den städtischen Kollegien stets abgelehnt. Wenn der Magistrat sich jetzt den Anträgen gibt, als geben keine sozialpolitischen Anträge von ihm selbst aus, so ist das bewährte Zeichen der Offensivität. Einmal haben wir kürzlich die Sozialpolitik des Magistrats. Er macht ihre Durchführung den der Annahme einer kommenden Parteienregierung abhängig, durch die das Reichsamt für Arbeiter mit 25 Pfg. das Gehalt der Arbeiter mit 30 Pfg. versichert werden soll.

Ein städtische Gewerkschafts-Versammlung, in welcher der Stadtr. Reisser des städtischen Gewerkschafts-Vereins sprach und, findet am Sonntag, den 6. Februar, um 11 Uhr, in dem von der Gewerkschafts-Versammlung besetzten Lokal von Exner, Rantzschstraße, statt. Da der Gewerkschafts-Verein in Kiel so gut wie gar keinen Anhang haben und die Gewerkschafts-Mitglieder dieser Personalmasse sehr klein sind, ist es zu erwarten, daß die städtische Gewerkschaft nicht sehr zahlreich sein wird.

Der Zigeuner-Abend, den der Bildungs-Verein am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr veranstaltet, weist ein Programm auf, das für alle Zuhörer genussvoll und dessen Ausführung einen rein literarischen Charakter tragen wird. Der Abend führt den Namen „Die Zigeuner in Wort und Ton“. Als Mitwirkende sind diesmal gewonnen worden: Fräulein Barbara Kemp (Operngängerin), Herr Kapellmeister C. D. H. D. H. (Klavier), Koncertmeister Walter Hennrich (Violine), Kammermusikdirektor, dessen Direktor, Herr Dr. Th. Poeme in lieblich-wildem Maße seine Erlaubnis erteilt hat. Ferner wirken Herr Hans Hugo Markt, Herr Opernsänger Paul Erdmann, Fräulein Dill und Alma Erdinger (Langspiel) und Robert Albert.

- Das Programm weist folgende Piecen auf:
1. Ouvertüre zur Oper: „Die Zigeunerin“ Balle, Klavier, 4händig, Herren Markt und D. H. D. H.
 2. „Zigeuner Leben und Lieben“ Erläuternder Vortrag des Genossen Albert.
 3. Zigeuner-Lieder:
a) „Der Zigeunererbe im Norden“ Reiffger.
b) „Drei Zigeuner“ Hst.
Gesungen von Fräulein Kemp.
 4. Zigeunermelken für Violine Sarasate, Herr Walter Hennrich.
 5. Ungarischer Cardas, Langspiel Brahms, Alma und Dill Erdinger.
 6. Szene aus der Oper „Troubadour“: Arie und Stretta des Manrico Verdi, Gesungen von Herrn Erdinger.
 7. II. ungarische Rhapsodie Fr. Liszt, Klavier, 4händig, Herren Markt und D. H. D. H.

- Das Programm weist folgende Piecen auf:
8. Ungarische Tänze Brahms, Klavier, vierhändig, Herren Markt und D. H. D. H.
 9. Zigeunerviertel:
a) „Habenera“ a. d. Op. „Carmen“ Hst.
b) „Zigeunerlied“ a. „Carmen“, II. Akt Hst.
c) „Wer hat uns gerufen?“ Lied a. d. Operette „Der Zigeunerbaron“ Fr. Strauß, Gesungen von Fräulein Kemp.
 10. Zigeunerleben Brahms, Duett, gesungen von Herrn Erdinger und Fräulein Kemp.
 11. a) Unga liche Rhapsodie Hst. (Hst.)
b) Drei Rati, Cardas, Violine Hst. (Hst.)
Herr Walter Hennrich.
 12. „Toreo“, spanischer Zigeuneranzug, Gesungen von Alma und Dill Erdinger.
 13. Ouvertüre zur Operette „Der Zigeunerbaron“ F. Strauß, Klavier, vierhändig, Herren Markt und D. H. D. H.

Die Klavierbegleitung der Lieder und Violin-Soli hat Herr Kapellmeister D. H. D. H., die der Tänze und bei Herrn Hugo Markt freundlichst übernommen.

Trotz der viel höheren Unkosten ist auch diesmal die Leitung von Herrn Kemp, auch den Allerärmsten die Teilnahme an solchen schönen Veranstaltungen zu ermöglichen, nicht abgelehnt, sondern gibt auch diese Programme für nur 20 Pfg. das Stück ab. Sollte die Nachfrage gar zu stark sein, so wird eventuell der Abend wiederholt. Programme sind in der Volkswacht, bei allen Feiern, bei den Diskussionsführern und im Bergengesellschaft, Sternstraße 77, zu haben.

Der aufgeregte Schumann. Zu dem Unfall in der Mathiasstraße, bei dem Fuhrherr Kubatta totgefahren wurde (siehe gelbige Nummer), wird uns von mehreren Augenzeugen des Vorfalls übereinstimmend folgendes mitgeteilt:

Am Mittwoch Abend fuhr ein Wagen des Besizers Kubatta durch die Mathiasstraße entlang. Schumann war dabei, dem das Tempo wohl zu schnell vorzukommen mochte, er folgte das Gefährt auf der Elektrischen. An der Michaelisstraße ließ die Elektrische den Wagen an, jedoch er herumflieg und ein Pferd aus dem Trottoir geriet. Hier sprang der Schumann aus dem Wagen und rief dem K. zu: „Wachen Sie, daß Sie hier fort kommen!“ Das war nun leichter gesagt als getan. Als der Schumann das nicht schnell genug ging, rief er selbst die Pferde vom Trottoir herunter und fuhr den Wagen ein Stück nach vorn. Der K. inzwischen abgestiegen war, um das eine Pferd wieder einzuführen, geriet er unter die Räder des Wagens, was einen Zuschauer veranlaßte, dem Schumann aus voller Kehle ein mehrmaliges Halt zu rufen. Da er merkte, daß der aufgeregte Schumann, was er angeht, und wie inne. Aber das war erit recht schlimm, denn nun blieb die ganze Last des Wagens auf der Brust des K. stehen! In dieser unglücklichen Situation griffen einige der Umstehenden herab und zu hoben den Wagen zurück. Aber es war schon zu spät, K. war bereits im Versterben und man brachte ihn, der buchstäblich erdrückt war, in einen Hausflur, wo er nach wenigen Minuten starb.

Was uns die Augenzeugen berichten, wäre der traurige Vorfall nicht passiert, wenn nicht der Schumann sich hätte von seiner Aufgeregtheit hinweg lassen. Die Pferde standen ja längst wieder auf dem Fahrdamm, der Schumann hatte aber gar keine Ursache mehr, an dem Pferde zu zerrn. Noch weniger hätte er nötig gehabt, die Wagen auf die andere Seite zu fahren, einmal ja K. am einen Pferde und Wagen stand, was dem Schumann nicht entgangen wäre, wenn er seine Aufgeregtheit etwas bemerkt hätte. Die Jungen des Vorfalls, deren Namen der Polizeipräsident jedruckt bei uns erfahren kann, waren empört über das Verhalten des Schumanns und erwarteten, daß der Präsident aus diesem Anlasse seine Beamten zu besonderem Vorgehen ermahnt.

Der Schulvorstand von Weiskirchen gegen den Breslauer Magistrat. Das Allerheiligen-Hospital ist Besitzer des Rutenortes Weiskirchen. Der Lehrer an der dortigen Schule erhielt in früheren Jahren vom Dominium 8 Morgen Ackerland zu seiner Bedienung. Dieses Land wurde später aus wirtschaftlichen Gründen wieder einbezogen bzw. durch eine jährliche Rente abgelöst. Zwischen Schulvorstand und Magistrat wurde ein Vertrag geschlossen, wonach an Stelle des Ackers die Rente tritt. Die Aufführungsbehörde hatte den Vertrag genehmigt. Jetzt, nach dem neuen Schulunterhaltungsgegesetz, das die Verpflichtungen der Dominium gegen die Schule im allgemeinen aufhebt, will die Stadt auch von ihrer Verpflichtung befreit sein. Der Schulvorstand verlangt nun eine einmalige Entschädigung von 200 Mk. Der Vertreter der öffentlichen Interessen erklärte, der hier der § 33 des Schulunterhaltungsgegesetzes, der von der Entbindung von Verpflichtungen spricht, nicht in Anwendung kommen könne, da es sich nicht um eine privatrechtliche, sondern öffentliche Verpflichtung handle. Der zwischen Schule und Magistrat geschlossene und von der Schulaufsichtsbehörde bestätigte Vertrag stelle einen besonderen Standpunkt und veranlasse den Magistrat dem Antrag entgegenzutreten.

Belastung der Eisenbahnübergänge. Der zunehmende Automobilverkehr hat es im Interesse der Sicherheit auf den Landstraßen als notwendig erscheinen lassen, ebenso wie der Vermeidung der Schlagbäume auf den Chaussees auch der Belastung der Eisenbahnübergänge eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es ist deshalb von Minister der öffentlichen Arbeiten befohlen worden, daß die Eisenbahnübergänge auf den hauptsächlich von einem ständigen Verkehr benutzten und für den Automobilverkehr in Frage kommenden Wegen eine besonders sorgfältige Belichtung erhalten, die dem heranrückenden Fahrzeuge schon von weitem die Stelle als Eisenbahnübergang kennzeichnet. Und zwar ist es nicht nur eine einfache Belichtung, sondern eine Art Signal mit einem ganz charakteristischen Zeichen auf der Vorderräderseite. Das ist jedenfalls eine erwünschte Verbesserung und es muß zu erwarten sein, daß die Belichtung, der nicht allein den Automobilfahrern, sondern ganz allgemein der Sicherheit des Verkehrs zugute kommen wird.

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung. Donnerstag, den 3. Februar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dernburg.

Die vom Amtsgericht Wachenburg nachgesuchte Genehmigung zur Erbauung des Abw. Herkenberger (Zentrum), wegen Verleumdung, wird, entgegen dem Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission, auf Antrag des Abw. Erzberger (Zentrum) dem Wunsche des Abw. Herkenberger selbst entsprechend, erteilt.

Die zweite Beratung des Etats der Schutzgebiete wird fortgesetzt.

Abw. Lattmann (mitl. Soz.): Gerade im Interesse der Summe müßten die Sozialdemokraten auch für Pflanzbau und Maschinenbau stimmen. Auch die Leute, die Sie in die Kolonien geschickt haben wollen, können dort nicht arbeiten, wenn nicht zuvor die Maschinenwerke dafür gesorgt haben. Weder kommt auf den bekannten Antrag zu sprechen, daß deutsche Mädchen mit den Logogenern in südamerikanischen Briefwechsel stehen, und verlangt ein Entgegenkommen seitens der Regierung. In der Frage der Selbstverwaltung sollte größere Entgegenkommen gezeigt werden.

Unterstaatssekretär v. Vindequitt berichtet die Kleiniedelungsfrage in Südwestafrika. Ein endgültiges Urteil sei noch nicht möglich, aber die Entwicklung sei keine ungünstige. (Bravo! rechts.)

Abw. Storz (Südd. Vpl.) bezieht die weiße Besiedelung Südwestafrikas, verlangt von der Kolonialpolitik Rücksicht auf die Steuerzahler und erklärt den Pflanzbau für eine finanzielle, volkswirtschaftliche und militärische Notwendigkeit.

Abw. Noke (Soz.): Selbst zuzugeben, daß der Abgeordnete lieber mit seiner Beteiligung an kolonialen Unternehmungen nichts verdient hat, so ist es doch zweifellos, daß die Gefahr besteht, daß dem Reich an solchen Unternehmungen beteiligt ist, ganz ohne seinen Willen. In seinem Urteil eine Prüfung erfährt. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.) Als ganz grobe Ungehörigkeit aber betrachten wir es, wenn Parlamentarier ihren Namen und ihre Abgeordneteneigenschaft hergeben, um solche kolonialen Unternehmungen zu unterstützen.

Herr v. Vindequitt wies darauf hin, daß er 12 Jahre in Südwestafrika war und ich nicht. (Zuruf rechts: Das kann ja nachgeholt werden.) Ich würde mich nicht gegen eine solche Studienreise sträuben, nur dürfte es nicht auf Kosten einer privaten Dampfgesellschaft geschehen. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr v. Vindequitt freute sich über die neuen Kleiniedelungen. Auf dem Farmertage kam es aber zum Ausdruck, daß zur Ansiedelung mindestens 20.000 Mark Kapital nötig ist. Das sind doch gar keine Kleiniedelungen! (Sehr richtig! bei den Soz.) Er wies ferner auf den Tabakbau hin. Auf dem Farmertage wurde aber behauptet, Tabak könne nur gebaut werden, wenn die Regierung ihn abnimmt. Der Regier will ihn nicht. Das muß ein schönes Kraut sein. (Heiterkeit.)

Es handelt sich in der mehrfach erwähnten Beschwerde nicht nur darum, daß ein Mädchen gedrückt wurde, sondern es sind auch Regier zu Trägern gepreßt worden und als sie sich dieser Arbeit entziehen wollten, ist einer von ihnen toteschossen worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Das sind keineswegs harmlose Dinge. Im übrigen hat sich der Staatssekretär die Antwort sehr leicht gemacht, indem er auf die meisten meiner Ausführungen nicht eingeht. Mit seinem billigen Witz, daß auch die Witz nicht mit Realismus schiefen würde, hat er den Vorwurf nicht beseitigt, daß er Unrecht Menschen erschaffen worden. (Leb. Zusf. bei den Soz.) Ganz unzutreffenderweise hat ferner der Staatssekretär aus meinen Ausführungen über die vielen Enttäuschungen an Unruhmännern beim Bahnbau gefoltert. Es sollten keine Bahnen gebaut werden. Aber mit Recht verlangen wir, daß, wenn jetzt eine Viertelmilliarde für Bahnbauten bewilligt wird, etwas mehr Mittel aufgewendet werden.

zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter.

(Zusf. b. d. Soz.) Ebenso falsch war es, wenn der Staatssekretär behauptet, wir verweigerten die Mittel zur Förderung der Baumwollkultur. Er weiß sehr gut, daß die prinzipielle Ablehnung des Etats keineswegs die Ablehnung aller einzelnen Kosten bedeutet. Daraus, daß wir uns allerdings nicht übertriebenen Hoffnungen hingeben, sollte der Staatssekretär uns keinen Vorwurf machen. Wenn der Staatssekretär nun meint, es trübe bei uns bezüglich unserer Stellung zur Kolonialpolitik, so möchte ich ihm sagen, daß, wie in allen Parteien, so auch in unserer Gesinnung bestehen. Aber in der Ablehnung der kapitalistischen Kolonialpolitik sind wir einzig. Wir wehren uns dagegen, daß das Volk zu seinem eignen Schaden belastet wird, damit die Besitzenden sich durch die Kolonialpolitik die Taschen füllen. (Leb. Beif. b. d. Soz.)

Abw. Dr. Geller (fr. Volksp.) polemisiert gegen den Abw. Noke. Er hat mit uns ausgedacht, in die Kolonien zu gehen und uns zu informieren. Das haben wir getan, was sollen wir weiter tun? (Zuruf bei den Soz.: Dort bleiben! (Sturm. Hst.)) Wie kann man Leute verbieten, über Sachen zu sprechen, an denen Sie finanziell interessiert sind? Da müßten a. B. alle Arbeiterkreise hier den Mund halten. (Rangenanrunder Unruhe und Hst. im Zentr. und b. d. Soz.; Sehr gut! auf einmündigen Vätern der Rechten.)

Abw. Erzberger (Zentr.) verlangt, gegen Dr. Geller polemisierend, völlige Unterdrückung in den Kolonien. Von Uebergriffen der Missionen könne keine Rede sein. (Leb. Beifall im Zentr.)

Staatssekretär Dernburg: Es steht fest, daß in der Sozialdemokratie seit 1908 ein Wandel in ihrer Haltung gegen Kolonialpolitik eingetreten ist. Andererseits kann man freilich der Sozialdemokratie keine tätige Liebe für die Kolonien nachsagen. (Hst.) Sie erkennt manches an, endet aber doch mit einer Ablehnung des Kolonialpolitics, weil ihr ein paar Positionen darin nicht gefallen. Eine solche Liebe kann man wohl eine platonische nennen. (Heiterkeit.) Will sie ihre Befehre beweisen, so bringe sie eine der vielen Resolutionen vor und sage, was sie gegen die Kolonien einzuwenden hat, fordere aber, lassen wir einmal 100.000 Mk. für Förderung der Baumwollkultur. Ich glaube, diese Resolution würde einstimmig angenommen. (Hst.) Uebergriffe der Missionen sind allerdings vorgekommen. Auf Samoa hat der Bischof mit Androhung der Exkommunikation (Hört, hört!) den Katholiken verboten, ihre Kinder in die vom Gouverneur begründete Sanktifikationschule zu senden. Ich kann die katholische Kirche nur dringend bitten, in deutsche Kolonien nur deutsche Missionare zu senden. Damit würde viel Konfliktstoff vermieden. (Beifall bei den Liberalen.)

Abw. Lebebour (Soz.): Die Ausführungen des Staatssekretärs nötigen mich, das Wort zu ergreifen, was nicht meine Absicht war. Der Staatssekretär glaubt, eine Wandlung in den kolonialpolitischen Anschauungen der Sozialdemokratie konstatieren zu können. Das wir in der Pflanzkultur Angelegenheit den Herrn Staatssekretär denken, beweist doch nur, daß wir in einer Rechtsfrage imstande sind, auch unseren Gegnern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wenn Herr Arendt hierin eine Rückzugskolonie erblickt, so zeigt das nur, daß er dafür kein Verständnis hat. Mit dem Angreifer gemeinsame Sache zu machen, wenn ein Gegner zu Unrecht angegriffen wird, das ist allerdings die Methode des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. (Leb. Sehr gut! und Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Differenzen, die innerhalb unserer Partei zweifellos vorgekommen sind, berühren unsere Stellung zu Herrn Dernburg gar nicht. Sie bestehen darin, daß ein Teil meiner Parteigenossen glaubte, es sei möglich, daß ein kapitalistisches Staatswesen eine humane Politik gegenüber den Eingeborenen treiben könne. Die Mehrzahl meiner Parteigenossen aber glaubt, daß ein solches Staatswesen seiner Natur nach nichts als Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik treiben kann. In der ganzen Sozialdemokratie gibt es niemanden, der die kapitalistische Kolonialpolitik des Staatssekretärs unterstützen wollte. (Zustimmung bei den Soz.)

Herr Geller hat die Aufsichtsratspolitik verteidigt. Wir haben es aber nur verlangt, daß Abgeordnete sich in demonstrativer Weise an kolonialen Unternehmungen beteiligen, und dann hier im Hause für Kolonialpolitik eintreten und sich sogar in die Substitutionskommission begeben lassen. Es gibt für einen Abgeordneten gewisse Grenzen, und er darf sich nicht dazu gebrauchen lassen, Bedingungen irgendwelcher Art zu bejahen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bei uns in Deutschland ist diese Aufsichtsratspolitik noch in den Kinderschuhen, aber in Frankreich können wir sehen, wie korrumpierend sie wirkt; daher haben wir alle Ursache, vor den Anfängen zu warnen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Nun zu einer anderen Sache. Vor zwei Jahren haben wir Anordnungen beantragt, wonach den Eingeborenen, denen während des Krieges ihr Land genommen wurde, soviel zurückgegeben werden soll, daß sie ihren Lebensunterhalt gewinnen können. Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen worden. Jetzt liegt endlich die Antwort des Bundesrats vor. Sie bedeutet eine nackte Ablehnung des Antrages, geradezu eine Verhöhnung nicht nur der Eingeborenen, sondern auch des Reichstages. (Leb. Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Eingeborenenpolitik ist kapitalistische Ausbeutungspolitik schlimmster Art! Und diese Politik, meint der Staatssekretär, könnten wir unterstützen! Durch die Ausrottungsstrategie des Herrn von Trotha sind die Hereros auf ein Viertel ihres Bestandes reduziert. Die Missionen berichten, daß die Eingeborenen vielfach Hunger leiden, daß die Kindersterblichkeit eine massenhafte ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Missionen führen mit Recht diese traurigen Erscheinungen auf den Landmangel zurück.

Geradezu unerbittlich wirkt das Sambulenwelen, die Inkultation der jugendlichen Eingeborenen Diener. Erschreckend ist die Zahl der illegitimen Wirklinge. Das Hererovolk ist von Geschlechtskrankheiten derart infiziert, daß kaum noch gesunde Kinder geboren werden. (Hört, hört!) Wahrscheinlich, eine schöne Illustration der gepriesenen Kulturarbeit! Dabei erwecken die Berichte noch den Eindruck, als

seien sie kränkelnd, und ich frage den Staatssekretär, ob sie im Kolonialamt festsitzend wurden oder ob sie von den Missionaren schon in freierem Zustande eingelangt sind? (Werbungs-Schmähartikel liegt ja neben dem Kongofaak! Neben dem Wirkungsbereich des verstorbenen Königs Leobold. (Unruhe rechts, sehr gut! b. d. Soz.) Kein Sozialdemokrat wird seine Zustimmung dazu geben, daß die Negere an Händen und Füßen gefesselt den weissen Sklavenhauern überliefert werden. Einige in unseren Reihen mögen der Kolonialpolitik günstiger gegenüberstehen als andere; einen Anhänger der Dernburg'schen Kolonialpolitik gibt es aber in unseren Reihen nicht! (Leb. Beifall b. d. Soz.)

Abw. Arnung (Soz.): Mein Bourgeois-Gelehrter kann den patriotischen Ausführungen des Abw. Lebebour nicht folgen. (Zurufe bei den Soz.: Natürlich!) Herr Lebebour würde erst der Kolonialpolitik zustimmen wenn der Rätehauptmann Simon Coppe Staatssekretär geworden ist. (Lachen bei den Soz.) Das Kommissionsmitglied, das an einer kolonialen Unternehmung beteiligt war, hat in loyaler Weise das betreffende Reskript niedergelegt. Die Ausführungen der Herren Noke und Lebebour decken sich nicht in allen Punkten.

Abw. Erzberger (Zentr.): Auf Samoa handelt es sich nicht um eine Sanktifikationschule, sondern um eine religionslose Schule. (Hört, hört! im Zentr.) Jedenfalls muß jede Gemisshandlung und jeder Kulturkampf in den Kolonien vermieden werden. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Dernburg betont, daß er unter keinen Umständen zugeben wird, daß staatliche Autoritäten vor einem Bischof zurückweichen. (Leb. Beifall links, Zentren i. Zentr.)

Abw. Dr. Müller-Meinungen (fr. Volksp.): Es ist unerhört, daß in Samoa ein französischer Bischof deutschen Reichsangehörigen verbietet, ihre Kinder in eine Regierungsschule zu schicken. Dem Staatssekretär sind wir dankbar, daß er das deutsche Interesse diesem Bischof gegenüber wahrt. (Stürmischer Beifall bei den Liberalen im Zentr.)

Abw. Erzberger (Zentr.): Der Bischof hat nicht als Franzose, sondern als Katholik gehandelt, außerdem hat er, wie mir bekannt wird, die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. (Beifall im Zentrum.)

Abw. Dobe (fr. Volksp.) stellt fest, daß die ganze freimüthige Fraktionsgemeinschaft sich mit dem Wort des Abw. Dr. Müller identifiziert. (Na natürlich! im Zentrum.) Die Oberhäupter des Staates über die Schule muß allen Breitengraden der Kirche gegenüber zur Geltung gebracht werden. (Leb. Beifall b. d. Soz.)

Damit schließt die koloniale Generaldebatte. Der südwestafrikanische Etat wird ohne Spezialdebatte genehmigt.

Zum Etat für Ostafrika

Abw. Dr. Arendt (Kpt.), der Gouverneur zeige zu viel Nachgiebigkeit gegen die Regier, zu wenig Entgegenkommen gegen die Weissen.

Abw. Berner (Antil.) schließt sich dieser Klage an und wünscht Einführung der deutschen Reichswährung in Ostafrika.

Staatssekretär Dernburg weist die Angriffe gegen den Gouverneur von Neuchamp zurück. Eine Änderung der Währung würde die sehr misstrauischen Eingeborenen benachteiligen.

Der Etat für Ostafrika wird genehmigt. Desgleichen beibehalten die Etats für Kamerun, Togo und Neu-Guinea. Beim Etat für Samoa bemerkt

Abw. Dr. Arnung (antl.): Ein deutscher Bischof wäre erwünschter, aber gegen jeden Bischof müßte die Staatsautorität aufrechterhalten werden. (Bravo! bei den Natl.)

Abw. Kopfke (fr. Volksp.): In solchen Konflikten stehen auch wir immer auf Seiten der Regierung.

Abw. Erzberger (Zentrum): Der Kulturkampf war schuld daran, daß wir nicht genügend deutschsprechende Missionare haben. Der französischsprachige Bischof auf Samoa gehört zu den Nachwehen des Kulturkampfes. Das er sich gegen die Gründungen einer religionslosen Schule wehrte, ist selbstverständlich. Die katholischen Eltern haben sich dadurch bekehrt gefühlt, weil ihre Kinder eine konfessionslose Schule besuchen mußten, obwohl katholische Schulen vorhanden sind. Von einem Kampf des Bischofs gegen das Gouvernment kann nicht die Rede sein. (Leb. Beifall im Zentrum.)

Abw. Dr. Müller-Meinungen (fr. Volksp.): Die Uebertragung dieser Grundfrage auf Deutschland, bedeutet die Auslieferung der Schule an die Kirche. Der Bischof sagt: Die Schule ist eine religiöse Sache. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das ist die Freiheit, die Sie meinen. (Große Heiterkeit links.)

Staatssekretär Dernburg stellt fest, daß die Regierungsschule eine katholische und eine evangelische Abteilung hat. (Hört, hört! links.)

Abw. Erzberger (Zentr.): Wir haben nie behauptet, daß die Schule eine religiöse Angelegenheit sei. Wohl aber die Erziehung (Lachen links.)

Der Etat wird bewilligt.

Aus aller Welt.

Erbauliche Geschichten aus dem Reichthum. Die Singer „Wahrheit“ erzählt: Wir werden auf das empörende Benehmen eines Stehler Geistlichen aufmerksam gemacht, der seine Beschäftigten in einer Weise molestriert, daß ihnen die Schamröthe ins Gesicht steigt. Ein junger Geschäftsmann in Stehr wollte mit einem anständigen Mädchen die Ehe schließen weshalb sie beide, dem Zwange gehorchend, zur Weichte gingen. Während der Brautgam seine Sünden ohne besondere Schwertigkeiten losbrachte, hatte die Braut, die in eine andere Kirche ging, eine wahre Seelenfolter auszustehen. Der hochwürdige Priester fragte sie zunächst über den bisherigen „Verkehr“ mit dem Brautgam, und zwar so eindringlich, daß die Braut in arge Verlegenheit geriet, und in einer Form, die man nicht näher schildern kann. Nach diesem peinlichen Verhör fing der Diener Gottes mit seinem Reichthum so zu schreien an, daß selbst die Kirchenbesucher — zum Glück waren nicht viele da — aufmerksam wurden. Er sagte der Braut, sie sei eine verführte Person, habe gar kein Recht, in die Kirche zu gehen, ihre Ehe werde verflucht und verdammt sein, und wenn es ihr etwa einmal schlecht gehen solle, dürfe sie sich weder erkranken, noch sonst etwas antun, sondern müsse dies als die richtige Strafe Gottes betrachten. Es folgten darauf noch einige erbauliche Fragen, unter anderem auch, ob sie doch noch nichts gestohlen habe. Die betroffene Braut verließ sofort die Kirche und kam erregt und befüßt zu ihrem Brautgam und erklärte ihm kurzweg, sie heirate nicht, da die Ehe schon von vornherein verflucht und verdammt sei. Der Brautgam war verblüfft und wußte sich nicht zu raten. Er erzählte sein Mißgeschick seinen Freunden, die ihm den Rat gaben, aus der katholischen Kirche auszutreten und einen anderen Kultus zu wählen. In der Tat meldete er auch seinen Austritt aus der Kirche an, weil er die seiner Braut zugesagte Schmach nicht ohne weiteres hinnehmen wollte. So einfach ging dies aber nicht, denn nun kam der ganze kirchliche Heerhaufen über die jungen Leute und versuchte auf sie einzuwirken, daß sie ihre Austrittsangelegenheiten zurückziehen. Selbst an Drohungen ließ man es nicht fehlen und man stellte ihnen in Aussicht, daß auf den Hausheeren eingewirkt werde, damit er ihnen das Geschäft kündige. Daß das Brautpaar schließlich seinen Voratz ausgab, hatten die Herren, die sich so viel Mühe gaben, nur einer alten Mutter zu danken, die es nicht gern sah, daß ihre Kinder einer anderen Konfession angehörien. — Ein zweiter empörender Fall ist folgender: Ein fleißiges Landmädchen, das bei einem Geschäftsmann im

Dienste steht und als fitfam und brav geschilbert wird, hatte das Bedürfnis, zu befehlen. Nach der Weichte kam es in höchst aufgeregtem Zustande nach Hause, und als sein verführtes Weib aufstiel, fragte man es, was vorgefallen sei. Das Mädchen erzählte dann, daß es während der Weichte davon gelaufen sei, weil es um unanständige Dinge gefragt wurde, die es empörten. Abgesehen von der jedenfalls schätzbaren Frage um den Liebhaber und den „Verkehr“ mit ihm, sollte es auch über den Beschäftigten etwas gestehen. Schließlich fragte Hochwürden noch nach geschlechtlichen Dingen, wobei er seiner Frage sogar durch eine Geste Nachdruck gab. — Und so etwas nennt man fitfam-religiöse Erziehung, bemerkt die „Wahrheit“ mit Recht.

Das Haar im Magen. Wie viel ist nicht schon gegen die eigentlich ungläubliche Ansicht geschrieben worden, daß Frauen beim Frisieren, um es milde auszubüden, ihr Haupthaar in Verbindung mit dem Munde bringen. Durch das Abbeißen der Haare gelangen diese in den Magen, und wenn es sich um eine tägliche Angewohnheit handelt, können sie sich dort derart ansammeln und verfaulen, daß sie zu erheblichen Störungen Veranlassung geben und schließlich eine Operation erforderlich machen. Vielleicht ist es abschreckend und daher nützlich, darauf hinzuweisen, daß diese Gewohnheit etwas Tierisches an sich hat. Zum mindesten finden sich Haarballen auch in den Mägen von Tieren, die sich die Oberhäute der Haut zu ledern pflegen, woraus man ihnen jedenfalls einen geringeren Verwurf machen wird, als den menschlichen Wesen, die wirklich vernünftiger sein sollten. Zuweilen stellen sich die aus jener Gewohnheit sich ergebenden Leiden schon im kindlichen Alter ein, wie ein im Journal der Amerikanischen Medizinischen Vereinigung berichteter Fall eines achtjährigen Mädchens zeigt. Das Kind war schon als ein kränkliches Wesen geboren, hatte sich dann erholt, war später aber in einen bedrohlichen Zustand von Mischsucht verfallen. Dann nahmen die Störungen immer mehr zu, die Nahrungsaufnahme wurde ungenügend und häufig erfolglos, es trat heftiges Fieber ein, und nach etwa einem Monat eigentlicher Krankheit erfolgte der Tod. Zum großen Erstaunen der Ärzte wie der Eltern wurde im Magen des Kindes eine feste Masse von Haaren gefunden, von denen einige eine erhebliche Länge hatten. An dem Kinde war zwar die Unsitte, Sand zu verschlucken, beobachtet worden, nicht aber die Gewohnheit, das gleiche auch mit Haaren zu tun. Dr. Mutterworth hat im ganzen 42 Fälle dieser Art gesammelt, unter denen sich auch drei solche von Männern befanden. Man sollte meinen, daß es genügt, die schweren Gefahren einer so ekstrephen Angewohnheit bekannt zu machen, um Wiederholungen solcher Fälle herabzubeugen.

Desinfektion durch Bügel. Beim Verkehr mit anderen Menschen ist man stets der Gefahr einer Ansteckung ausgesetzt. Durch Berührung, durch Staub und die feinen Wäschen der Auswurfstoffe, welche beim Husten und Niesen in die Luft zerstäubt werden, werden die Kleider und Wäsche mit Krankheitskeimern behaftet. Während man dem Waschen schon seit langem eine hohe Bedeutung für die Vermeidung der Pathogenien zuerkennet, hat man bisher übersehen, daß vielleicht noch wichtiger das Bügeln ist. Professor Dr. R. Soehla empfiehlt deshalb in der neuesten Nummer der „Mischbau“ (Frankfurt a. M.) auf Grund eingehender Versuche das gründliche Bügeln von Kleidern und Wäsche. Er will es vor allem angewandt sehen bei Personen, die ständig mit Kranken in Berührung kommen, also bei Aerzten, Wärterinnen und Familienmitgliedern derselben. Zudem wir unsere Anzüge und Wäsche häufig und gründlich bügeln, schützen wir uns selbst und die Unseren vor Krankheit, schließt Prof. Soehla den Aufsatz.

Siegfried Wagners Verse. Aus „Parabietisch“, der neuen Oper Siegfried Wagners, wollen wir hiermit eine kleine Kostprobe der tragwüthigen Dichtkunst „Jung-Siegfrieds“ geben:

So ist das Weib:

weil sie nicht wie aus und ein-
mengt sie einen Ditteln drein.
„Lebe glücklich und in Bönne!“
„Freu dich deiner Kuhmesdorn!“
So frühmüthig war einst dieser Dietrich,
doch bald ward's ihm im Innern widrig.
„Grobheit ist meist der Weiber,
daß man sich im Unrecht weiß.“
„Grußentgegner! Wurmarmagler!
Mir zu nahen wahrlich magst er?“
„Treue fündest nur und Trost,
wer die Tiefe sich erkost!“

Fehlt nur noch:

„Lebe glücklich, lebe froh,
Nie der Noth im Paletot!“

Siegfried Wagner sollte wirklich das Dichten lassen und das Verloren auch. Eines schick sich nicht für alle sein Vater würde sich im Grabe umbrechen und gewaltig grob werden, könnte er selber und hören, wie der Soehla sich seiner „Nahmesdorn“ freut.

Der unverbesserliche Nationalist. Begreifst du nun, mein lieber Sohn, die Wichtigkeit des Allmüthigen. Er gebt dem Fluße zu fließen, und er fließt; er gebt dem Klaffe, zu ge-
rieten, und er gestirrt! — „Stimmlich! Soe Weiler!“

